

**Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur
im Winter 2006**

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

Herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft

24100 Kiel

Tel: +49/431/8814-1; Website: <http://www.ifw-kiel.de>

Schriftleitung:

Prof. Dr. Harmen Lehment

Tel: +49/431/8814-232; E-Mail: harmen.lehment@ifw-kiel.de

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISSN 0455-0420

ISBN 3-89456-287-0

© Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 2006.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, das Werk oder Teile daraus in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder einem anderen Verfahren) zu vervielfältigen oder unter Verwendung elektronischer Systeme zu verarbeiten oder zu verbreiten.

Inhalt

Konjunkturelle Expansion in den Industrieländern flacht sich ab.	3
<i>Klaus-Jürgen Gern, Frank Oskamp, Birgit Sander und Joachim Scheide</i>	
Gute Chancen auf einen langanhaltenden Aufschwung in Deutschland.	22
<i>Alfred Boss, Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp und Joachim Scheide</i>	

Diese Analyse wurde am 11. Dezember 2006 abgeschlossen.

Konjunkturelle Expansion in den Industrieländern flacht sich ab

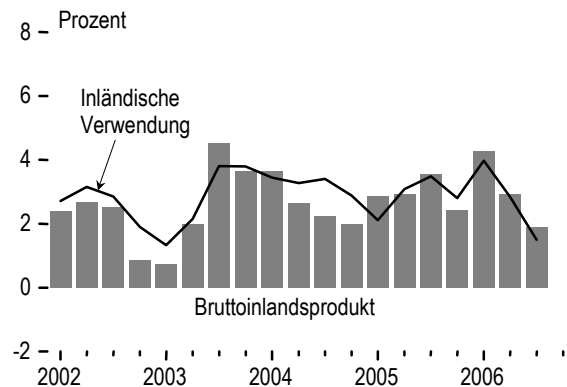
Klaus-Jürgen Gern, Frank Oskamp, Birgit Sander und Joachim Scheide

Zusammenfassung:

Der Aufschwung in den Industrieländern hat im Verlauf des Jahres 2006 an Fahrt verloren. Dabei zeigten sich zwischen den großen Wirtschaftsräumen unterschiedliche Tendenzen. Während sich die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten in den Vereinigten Staaten und in Japan verringerte, festigte sich der Aufschwung in Europa zusehends. Im Jahr 2007 wird die Konjunktur in den Vereinigten Staaten weiter zur Schwäche neigen, erst 2008 wird sie sich allmählich wieder beleben. Die Wirtschaft im Euroraum bleibt hingegen im Prognosezeitraum trotz erheblicher dämpfender Einflüsse von der Finanzpolitik im Aufschwung, auch wenn das reale Bruttoinlandsprodukt mit etwas mehr als 2 Prozent nur wenig schneller steigen wird als das Produktionspotential. Unsere Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in den Industrieländern insgesamt für die Jahre 2006 und 2007 (2,9 bzw. 2,4 Prozent) hat sich seit dem September etwas verringert. Für 2008 erwarten wir einen Produktionsanstieg von 2,5 Prozent. Unter der Annahme eines konstanten Ölpreises wird die Inflation in den kommenden beiden Jahren allmählich abnehmen.

Der weltwirtschaftliche Aufschwung hat sich 2006 fortgesetzt, im Jahresverlauf aber etwas an Schwung verloren. Vor allem in den Industrieländern ließ die konjunkturelle Dynamik nach; das reale Bruttoinlandsprodukt in den G7-Ländern insgesamt expandierte nach dem sehr kräftigen Anstieg zu Jahresbeginn im Sommerhalbjahr nur noch mit einer Rate von knapp 2,5 Prozent (Abbildung 1) und damit etwas langsamer als das Produktionspotential.

Abbildung 1:
Konjunktur in den G7-Ländern 2002–2006^{a,b}



^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet. — ^bVereinigte Staaten, Japan, Kanada, Deutschland, Frankreich, Italien und Vereinigtes Königreich.

Quelle: OECD (2006a); eigene Berechnungen.

Dabei veränderte sich das Konjunkturgefälle zwischen den großen Wirtschaftsräumen deutlich. Ausgeprägt war die konjunkturelle Abschwächung in den Vereinigten Staaten, wo die Produktion bis zum Frühjahr besonders kräftig zugenommen hatte. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung verringerte sich hier seit dem Frühjahr deutlich, vor allem infolge eines Einbruchs der Aktivität im Wohnungsbau. In Japan erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt ebenfalls weniger rasch als in den beiden Quartalen zuvor, die Inlandsnachfrage stagnierte sogar nahezu; überhaupt stellt sich die konjunkturelle Dynamik nach einer kräftigen Abwärtsrevision der Zahlen für die vergangenen zwei Jahre erheblich schwächer dar als bisher. Im Euroraum, wo der Aufschwung erst zu Beginn dieses Jahres richtig Fahrt aufgenommen

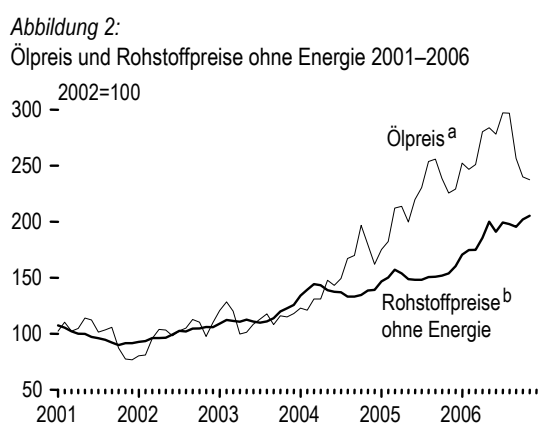
hatte, beschleunigte sich hingegen der Produktionsanstieg bis zur Jahresmitte, und die Indikatoren deuten daraufhin, dass die Aufwärtsentwicklung ungeachtet einer etwas geringeren Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal ungebrochen ist. Auch die Konjunktur im Vereinigten Königreich und in den übrigen Mitgliedsländern der Europäischen Union blieb bis zuletzt kräftig.

Für die Weltwirtschaft insgesamt wurden die nachlassenden Nachfrageimpulse aus den Vereinigten Staaten und Japan teilweise von dem kräftigen Aufschwung in Europa kompensiert. Außerdem blieb die Dynamik in den Entwicklungs- und Schwellenländern, insbesondere in Asien, hoch, auch wenn sich der Boom in China im Jahresverlauf etwas abschwächte, nachdem die chinesische Regierung Maßnahmen zur Eindämmung des enormen Investitionswachstums ergriffen hatte.

Die Preise für Industrierohstoffe erhöhten sich vor dem Hintergrund der kräftigen weltwirtschaftlichen Expansion bis zum Herbst weiter (Abbildung 2). Allerdings dürfte allmählich der Höhepunkt der Rohstoffhausse erreicht sein. Wir erwarten eine Korrektur, die allerdings im Vergleich zum zuvor erfolgten Anstieg als moderat zu bezeichnen ist (Tabelle 1). Für niedrigere Preise spricht vor allem, dass in den kommenden Jahren das Angebot beträchtlich ausgeweitet wird, nachdem die in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Preise zu er-

heblichen Investitionen in Erschließung und Ausbau von Förderstätten geführt haben. Zu einem spürbaren Rückgang ist es bereits bei den Rohölpreisen gekommen, wo die Notierungen für die Sorte Brent in jüngster Zeit um 60 US-Dollar schwanken und damit rund 20 Prozent unter dem Höchststand lagen, der Ende Juli dieses Jahres erreicht worden war. Hier macht sich bemerkbar, dass die Ölversorgung inzwischen wieder reichlicher geworden ist. Zudem hat das hohe Preisniveau erhebliche Substitutionsprozesse ausgelöst, so dass die Ölnachfrage trotz des kräftigen Wachstums der Weltwirtschaft zuletzt nur noch moderat zugenommen hat. Die Lagerbestände sind gemessen an historischen Relationen inzwischen hoch, und auch die zeitweise extrem niedrigen freien Förderkapazitäten haben wieder merklich zugenommen. Auf diese Entwicklung hat die OPEC mit einer Kürzung der Förderquoten reagiert. Auch wenn die Quoten zurzeit von einigen Mitgliedern des Kartells überschritten werden, signalisiert dies doch die Absicht der OPEC, ein Absinken des Preises deutlich unter das gegenwärtige Niveau zu verhindern. Auf weiterhin hohe Preise wirkt auch die Unsicherheit darüber hin, inwieweit Produzenten außerhalb der OPEC angesichts der allmählichen Ausschöpfung derzeit wichtiger Ölfelder ihre Produktion auf mittlere Sicht erhöhen oder auch nur halten können. Nicht zuletzt bleiben die politischen Risiken in vielen Förderländern hoch. Angesichts all dieser Faktoren unterstellen wir für die Prognose, dass der Ölpreis auf dem gegenwärtigen Niveau verharrt.

Derzeit liegt der Rohölpreis nur wenig über den Notierungen von vor einem Jahr. Bei den Ölprodukten – und in den Vereinigten Staaten auch beim Erdgas – sind die Preise sogar niedriger. In der Folge ist die Inflationsrate in den Industrieländern in den vergangenen Monaten stark gesunken (Abbildung 3). In Europa entspricht sie nun mehr oder weniger der Kernrate (berechnet auf Basis der Preise ohne Energie und Nahrungsmittel), und in den Vereinigten Staaten liegt sie sogar deutlich darunter, während sie in den Vorjahren fast durchgehend deutlich darüber lag. Die Kernrate selbst hat sich zumeist im Jahresverlauf als Folge des



^aSpotpreis Sorte Brent, London. — ^bHWWA-Index.

Quelle: International Petroleum Exchange über Thomson Financial Datastream; HWWA.

Konjunkturelle Expansion in den Industrieländern flacht sich ab

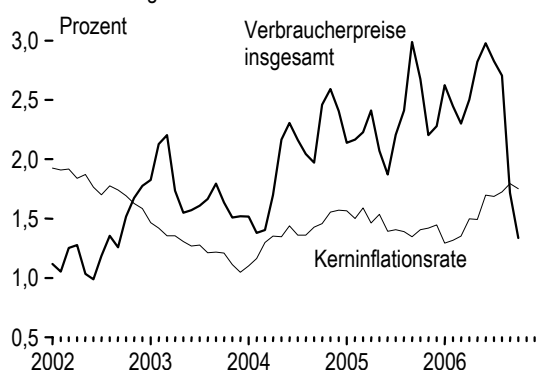
Tabelle 1:
Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2006, 2007 und 2008

	2006				2007				2008			
	I	II	III	IV ^a	I ^a	II ^a	III ^a	IV ^a	I ^a	II ^a	III ^a	IV ^a
Kurzfristige Zinsen												
Vereinigte Staaten (Fed Funds Rate)	4,5	4,9	5,3	5,3	5,3	5,1	4,9	4,8	4,5	4,5	4,5	4,5
Japan (Tagesgeldzins)	0,0	0,0	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,7	0,8	0,8	1,0	1,0
Euroland (3-Monatszins)	2,6	2,9	3,3	3,6	3,8	3,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
Wechselkurse												
US-Dollar/Euro	1,20	1,27	1,28	1,30	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32
Yen/US-Dollar	116,9	114,4	116,2	115,8	115,0	115,0	115,0	115,0	115,0	115,0	115,0	115,0
Ölpreis (Brent) in US-Dollar	61,9	69,8	70,1	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
HWWA-Index für Industrierohstoffe	171,1	196,0	203,6	204,6	199,5	191,6	186,6	181,7	178,9	178,0	177,6	177,6

^aPrognose.

Quelle: HWWA (2006); IMF (2006); Federal Reserve Bank of St. Louis (2006); EZB (2006); eigene Prognosen.

Abbildung 3:
Preisentwicklung in den Industrieländern 2004–2006^a



^aInflationsrate in den Vereinigten Staaten, im Euroraum, in Japan und im Vereinigten Königreich, gewichtet mit den nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: OECD (2006a); eigene Berechnungen.

Energiepreisanstiegs und teilweise auch einer Beschleunigung des Lohnauftriebs etwas erhöht. Sie ist insgesamt jedoch nach wie vor niedrig.

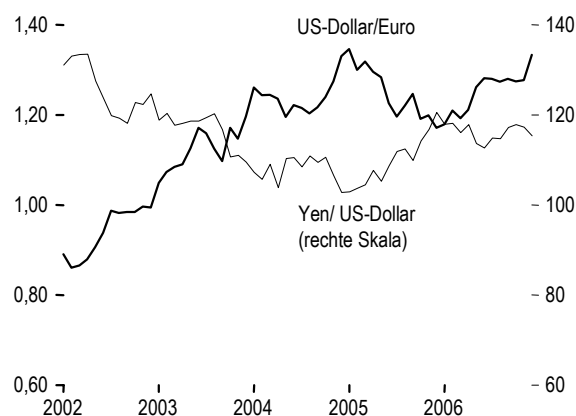
Die Inflation war in diesem Jahr in den Vereinigten Staaten am höchsten. Angesichts der hohen gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung ergaben sich zunehmend Preiserhöhungsspielräume, und die Lohnkosten zogen spürbar an. Dieser Entwicklung trat die Notenbank bis zum Sommer mit weiteren Zinsanhebungen entgegen, bevor sie im August angesichts zunehmender Anzeichen für eine konjunkturelle Abkühlung den zwei Jahre währen-

den Prozess der schrittweisen Zinserhöhungen beendete. Vor dem Hintergrund einer vorerst weiter flauen Konjunktur und einer allmählich nachlassenden Kerninflation dürfte die US-Zentralbank im Frühjahr beginnen, ihre Zinsen wieder zu senken. Für den Herbst erwarten wir die Federal Funds Target Rate bei 4,75 Prozent; die Geldpolitik wird dann etwa neutral ausgerichtet sein. Die Europäische Zentralbank (EZB) dürfte hingegen ihre Zinsen noch etwas über das im Dezember erreichte Niveau von 3,5 Prozent anheben. Angesichts des mäßigen zugrunde liegenden Preisaufriffs und der dämpfenden Effekte der Aufwertung des Euro wird sie es im Prognosezeitraum aber wohl vermeiden, auf einen restriktiven Kurs zu gehen. Die Bank von Japan wird ihre Zinsen in den kommenden zwei Jahren nur ganz allmählich erhöhen. Die Konjunktur ist offenbar noch nicht wirklich gefestigt, und eine Normalisierung der geldpolitischen Verhältnisse wird voraussichtlich sehr langsam erfolgen.

Die Wechselkurse zwischen den wichtigsten Weltwährungen haben sich im Verlauf dieses Jahres merklich verändert. Insbesondere hat sich der Euro sowohl gegenüber dem US-Dollar als auch gegenüber dem Yen aufgewertet. Nach einer Phase geringerer Bewertung gegenüber dem US-Dollar im vergangenen Jahr hat sich sein Wechselkurs im Verlauf dieses Jahres spürbar erhöht; zuletzt lag der Euro nur noch wenig unter dem Ende 2004 erreichten Höchst-

stand (Abbildung 4). Diese Stärke reflektiert die verbesserten Konjunkturperspektiven für den Euroraum und die zunehmenden Anzeichen einer konjunkturellen Flaute in den Vereinigten Staaten sowie die daraus abgeleitete Erwartung einer Verringerung des Zinsabstands zwischen Dollar und Euro. Für den Prognosezeitraum unterstellen wir Wechselkurskonstanz. Insgesamt wird die Konjunktur im Euroraum im kommenden Jahr vonseiten des Wechselkurses gedämpft, die in den Vereinigten Staaten und in Japan eher angeregt – allerdings nur leicht, da sich die Wechselkurse in real effektiver Betrachtung sehr moderat verändert haben.

Abbildung 4:
Wechselkurse 2002–2006



Quelle: IMF (2006).

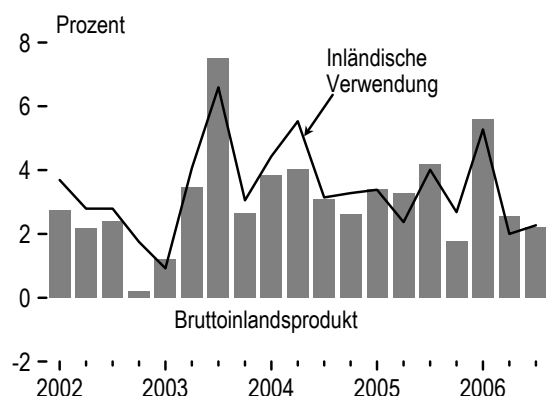
Vereinigte Staaten: Straffere Geldpolitik zeigt Wirkung

Die wirtschaftliche Expansion in den Vereinigten Staaten hat sich im Verlauf des Jahres 2006 deutlich verlangsamt. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts wird zwar in etwa so stark ausfallen wie im Jahr 2005; dies ist allerdings auf Sondereffekte zu Jahresbeginn zurückzuführen.¹ Im dritten Quartal nahm die

¹ Infolge der schweren Wirbelstürme wurde die Produktion zum Jahresende 2005 erheblich gedämpft. Daraufhin kam es im ersten Quartal zu Nachholeffekten (vgl. Dovern et al. 2006).

Produktion mit einer laufenden Jahresrate von nur noch 2,2 Prozent zu (Abbildung 5). Beigetragen hat hierzu ein Rückgang des Außenbeitrags. Vor allem jedoch beschleunigte sich der Rückgang der Wohnungsbauminvestitionen deutlich. Allein diese Entwicklung drückte den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um reichlich einen Prozentpunkt. Gestiegene Zinsen und der im historischen Vergleich sehr hohe Bestand an Wohnimmobilien wirken sich gegenwärtig dämpfend auf die Wohnungsbaunachfrage aus, und die Zahl der Baugenehmigungen ist weiter stark rückläufig (Abbildung 6). Trotz der Ein-

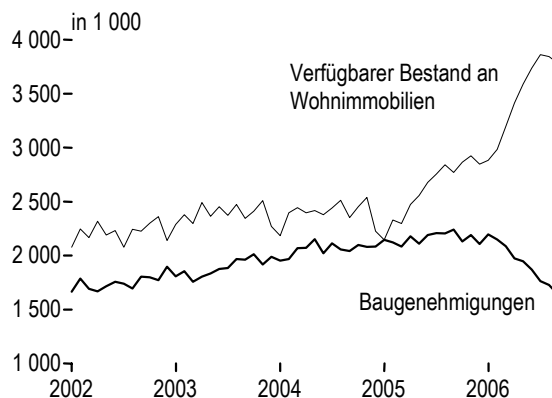
Abbildung 5:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten 2002–2006^a



^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: US Department of Commerce (2006).

Abbildung 6:
Immobilienmarkt in den Vereinigten Staaten 2000–2006



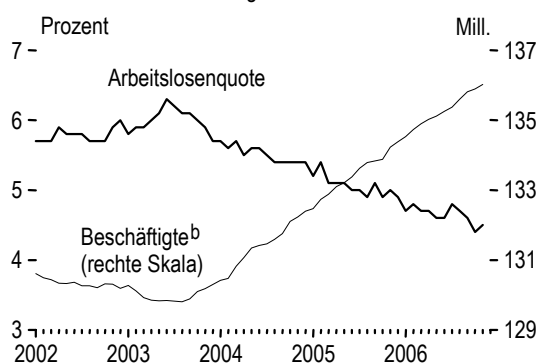
Quelle: National Association of Realtors (2006); US Census Bureau (2006).

Konjunkturelle Expansion in den Industrieländern flacht sich ab

trübung am Immobilienmarkt waren die privaten Konsumausgaben weiter deutlich aufwärts gerichtet; dabei spielten allerdings neue Rabattaktionen durch die Autohersteller eine wichtige Rolle. Die Unternehmensinvestitionen nahmen vor dem Hintergrund der fast unverändert kräftigen Gewinnentwicklung verstärkt zu.

Der mäßige Produktionsanstieg hat sich auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Die Zahl der Beschäftigten ist in den vergangenen beiden Monaten deutlich schwächer gestiegen als zuvor. Die Arbeitslosenquote liegt weiterhin auf einem niedrigen Niveau, nahm im November aber leicht auf 4,5 Prozent zu (Abbildung 7). Die Verbraucherpreise im September und Oktober sind vor allem aufgrund des Rückgangs der Energiepreise um jeweils 0,5 Prozent im Vergleich zum Vormonat zurückgegangen. Die Inflationsrate fiel innerhalb von zwei Monaten von 3,8 auf 1,3 Prozent im Oktober (Abbildung 8). Dieser geringe Wert resultiert jedoch auch aus dem Wegfall eines Basiseffekts, der sich aus dem starken Preisauftrieb infolge der Wirbelstürme vor einem Jahr ergab. Die Kernrate verharrte – nach einem Anstieg im Frühjahr – bei 2,8 Prozent.

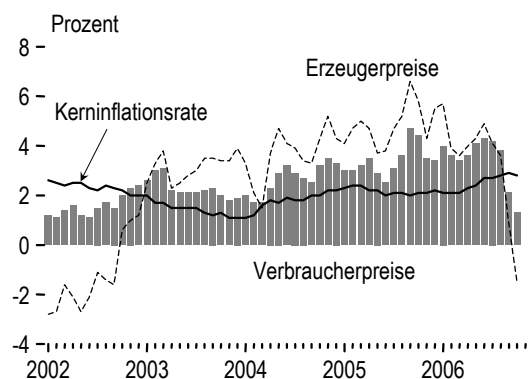
Abbildung 7: Arbeitsmarkt in den Vereinigten Staaten 2002–2006^a



^aSaisonbereinigt. — ^bAbhängig Beschäftigte außerhalb der Landwirtschaft.

Quelle: US Department of Labor (2006a).

Abbildung 8: Preisentwicklung in den Vereinigten Staaten 2002–2006^a



^aVeränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: US Department of Labor (2006b, 2006c).

Die monetären Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Monaten leicht verbessert. Zwar liegt der Zielwert für die Federal Funds Rate seit Ende Juni unverändert bei 5,25 Prozent – nur der kurzfristige Realzins stagniert annähernd bei 2,5 Prozent. Aber die nominalen kurzfristigen wie auch die langfristigen Zinsen sind zuletzt leicht gesunken. Anregende Effekte kommen außerdem vom Wechselkurs; in den vergangenen Monaten wertete der US-Dollar real und effektiv leicht ab. In Anbetracht der immer noch sehr hohen Kapazitätsauslastung besteht zwar weiterhin ein Aufwärtsrisiko für die Preisentwicklung. Bei dem hier prognostizierten abgeschwächten Produktionsanstieg wird der inflationäre Druck jedoch wohl in den kommenden Monaten nachlassen. Vor diesem Hintergrund dürfte die Notenbank im Frühjahr beginnen, die Zinsen zu senken. Wir erwarten einen Rückgang des Leitzinses auf 4,5 Prozent. Dieses Niveau dürfte Anfang 2008 erreicht werden. Signifikante Anregungen für die Konjunktur werden von der Geldpolitik freilich allenfalls gegen Ende des nächsten Jahres ausgehen.

Die Finanzpolitik war im Haushaltsjahr 2006, das Ende September endete, restriktiv ausgerichtet. Das strukturelle Defizit sank, gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt, um schätzungsweise 0,4 Prozentpunkte. Auch das tatsächliche Budgetdefizit des Bundes (einschließlich der Überschüsse aus der Sozialversicherung) ging, wie schon im vorherigen Fiskal-

jahr, zurück auf 1,9. Für das laufende Fiskaljahr plant die Regierung, den Ausgabenanstieg auf knapp 4 Prozent zu halbieren. Hierdurch ergäbe sich ein deutlich restriktiver Impuls für die Konjunktur. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass die angestrebte Konsolidierung in vollem Umfang realisiert wird, so dass das strukturelle Defizit wohl nur leicht zurückgehen wird. Außerdem wirkt die sich verschlechternde Konjunktur im kommenden Jahr einem weiteren Rückgang des Haushaltsdefizits entgegen. Für das Jahr 2008 gehen wir von einer neutralen Finanzpolitik aus.

Im Prognosezeitraum wird sich die konjunkturelle Verlangsamung in weiteren Bereichen bemerkbar machen. Insbesondere wird die Abschwächung am Wohnimmobilienmarkt über die damit verbundenen dämpfenden Effekte auf die Vermögensentwicklung der privaten Haushalte den Anstieg der Konsumausgaben schwächen. Bisher wurden solche dämpfenden Effekte durch die robusten Einkommenszuwächse – nicht zuletzt bedingt durch die positive Beschäftigungsentwicklung – überdeckt. Die Wohnungsbauinvestitionen werden zunächst weiter deutlich zurückgehen; darauf deutet sowohl die weiter rückläufige Zahl der Baugenehmigungen als auch die Entwicklung der Preise und der verfügbaren Bestände am Immobilienmarkt hin. Auch die Unternehmensinvestitionen werden an Schwung einbüßen, da sich die Absatz- und Ertragserwartungen der Unternehmen mit der schwächeren Konsumnachfrage eintrüben. Darauf deutet unter anderem der ISM-Einkaufsmanagerindex hin, der sich in den vergangenen Monaten deutlich abgeschwächt hat. Infolge der langsameren Zunahme der Binnen- nachfrage wird auch die Importdynamik nachlassen. Stützend wirkt die Exportnachfrage, die bei verbesserter preislicher Wettbewerbsfähigkeit einerseits und nur leicht nachlassender Konjunktur im Ausland andererseits kaum an Tempo verlieren dürfte.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in den Vereinigten Staaten im Jahr 2007 um nur noch 2,5 Prozent und damit schwächer als das Produktionspotential zunehmen (Tabelle 2). In der Folge wird die Arbeitslosenquote wieder ansteigen – das wird

sich dämpfend auf die Zunahme der Lohnkosten auswirken. Bei unveränderten Energiepreisen wird sich die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2007 auf 2,2 Prozent verringern und im Jahr 2008 annähernd unverändert bleiben. Im Verlauf des Jahres 2008 dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik bei den hier dargestellten Rahmenbedingungen wieder leicht erhöhen.

Tabelle 2:
Eckdaten zur Konjunktur in den Vereinigten Staaten 2005–2008

	2005	2006 ^a	2007 ^a	2008 ^a
Bruttoinlandsprodukt ^b	3,2	3,3	2,5	2,8
Inlandsnachfrage ^b	3,3	3,2	2,3	2,8
Privater Verbrauch	3,5	3,1	2,3	2,7
Staatsnachfrage	0,9	2,1	2,1	2,2
Anlageinvestitionen	7,7	4,0	1,6	3,9
Ausrüstungen und				
Software	8,9	7,1	5,5	6,0
Gewerbliche Bauten	1,1	9,6	5,5	3,2
Wohnungsbau	8,6	-3,5	-7,0	0,0
Lagerinvestitionen ^c	-0,3	0,3	0,0	0,0
Außenbeitrag ^c	-0,3	-0,1	0,1	-0,1
Exporte	6,8	8,6	6,9	7,2
Importe	6,1	6,2	4,1	5,5
Verbraucherpreise	3,4	3,3	2,2	2,2
Arbeitslosenquote ^d	5,1	4,6	4,9	5,0
Leistungsbilanzsaldo ^e	-6,4	-6,5	-6,0	-5,8
Budgetsaldo des Bundes ^e	-2,6	-1,8	-2,2	-2,1

^aPrognose. — ^bReal. — ^cVeränderung in Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres. — ^dIn Prozent der Erwerbspersonen. — ^eIn Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: US Department of Commerce (2006); US Department of Labor (2006a, 2006b); US Department of the Treasury (2006); eigene Berechnungen und Prognosen.

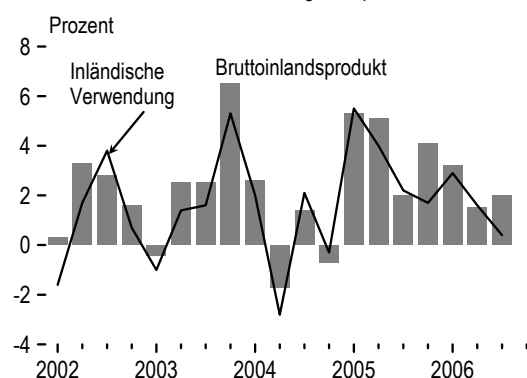
Konjunktur in Japan mit weniger Schwung

In Japan sind die Daten für die gesamtwirtschaftliche Produktion kräftig nach unten revidiert worden. Nicht nur wurde der Produktionsanstieg im dritten Quartal auf eine laufende Rate von nur noch 0,8 Prozent reduziert, auch der Aufschwung im Winterhalbjahr 2005/2006 sieht nun nicht mehr so kräftig aus wie zuvor,

Konjunkturelle Expansion in den Industrieländern flacht sich ab

und die Zuwachsrate für das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2005 sank von zuvor gemeldeten 2,7 Prozent auf nur noch 1,9 Prozent. Bei insgesamt niedrigerem Niveau der Raten änderte sich das Profil der konjunkturellen Entwicklung durch die Revision jedoch nur wenig. Im Sommerhalbjahr 2006 schwächte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion deutlich ab; das reale Bruttoinlandsprodukt nahm nur noch mit einer laufenden Jahresrate von 1 Prozent zu, nach Raten von 2 bis 3 Prozent in den Quartalen zuvor (Abbildung 9). Gedämpft wurde die Konjunktur durch die Finanzpolitik, denn im Zuge der angestrebten Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wurden die staatlichen Investitionen erheblich verringert. Der private Konsum neigte in jüngster Zeit zur Schwäche, insbesondere ging der Absatz von Pkw deutlich zurück. Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr verbessert hat und die verfügbaren Einkommen kaum noch gestiegen sind. Hingegen nahmen Unternehmensinvestitionen nochmals deutlich zu, obwohl die Zuwachsraten für die jüngere Vergangenheit ebenfalls erheblich nach unten revidiert worden sind. Ausschlaggebend für die gute Investitionskonjunktur ist neben den günstigen Finanzierungsbedingungen die anhaltend kräftige Zunahme der Gewinne. Während die Expansion der Inlandsnachfrage

Abbildung 9: Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Japan 2002–2006^a



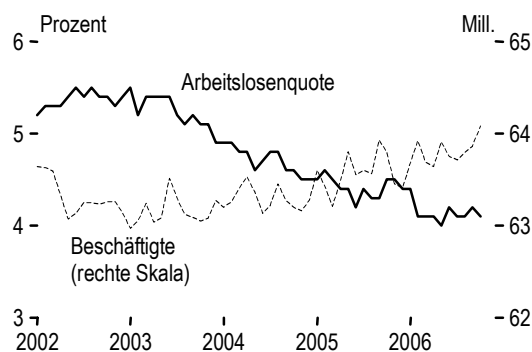
^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Cabinet Office (2006).

im Jahresverlauf merklich nachgelassen hat, blieben die Impulse aus dem Ausland nahezu unverändert stark. Dazu hat beigetragen, dass die japanische Währung deutlich an Wert verlor; der Yen wertete sich real und effektiv in den vergangenen zwölf Monaten um rund 8 Prozent ab.

Die Arbeitslosenquote hat sich im Verlauf des Jahres weiter zurückgebildet und erreichte im Sommer 2006 mit 4,0 Prozent den niedrigsten Stand seit fast zehn Jahren (Abbildung 10). Danach nahm sie allerdings geringfügig zu. Der Aufschwung ist durch einen raschen Produktivitätsanstieg geprägt, und angesichts des inzwischen moderateren Produktionsanstiegs setzte sich der Beschäftigungsaufbau in jüngster Zeit nicht mehr fort. Alles in allem bleibt die Lage auf dem Arbeitsmarkt jedoch angespannt; so liegt der Indikator der offenen Stellen in Relation zu den Bewerbungen auf dem höchsten Stand seit mehr als einer Dekade. Das Arbeitsangebot verringert sich fortlaufend; die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter sinkt spürbar, während die Partizipationsrate nur wenig steigt. Dies ist ein Faktor, der das Potentialwachstum in Japan in den kommenden Jahren beeinträchtigen wird.

Abbildung 10: Arbeitsmarkt in Japan 2002–2006^a



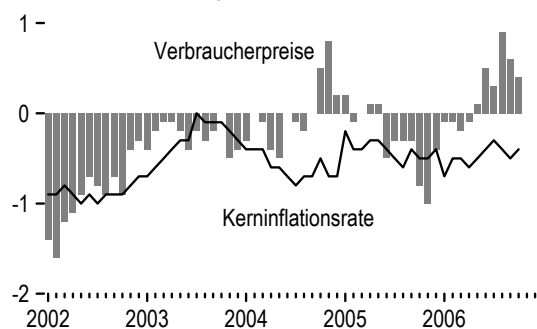
^aSaisonbereinigt.

Quelle: OECD (2006b).

Die Verbraucherpreise steigen zwar seit einigen Monaten leicht (Abbildung 11); im Oktober dieses Jahres betrug die Inflationsrate 0,4 Prozent. Die Kernrate war jedoch weiterhin nega-

tiv. Auch der Deflator des Bruttoinlandsprodukts war immer noch leicht rückläufig. Dennoch scheint das Risiko einer Deflation geringer geworden zu sein; hierfür spricht, dass die Inflationserwartungen wieder leicht nach oben gerichtet sind.

Abbildung 11:
Verbraucherpreisanstieg in Japan 2002–2006^a



^aVeränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistical Bureau of Japan; über Thomson Financial Datastream.

Die Notenbank schreitet auf ihrem Weg zur Normalisierung der Geldpolitik sehr vorsichtig voran. Der Tagesgeldsatz wurde nicht weiter erhöht, er liegt seit dem Sommer bei ¼ Prozent, der Zins für Dreimonatsgeld beträgt etwas mehr als 0,4 Prozent. Damit ist die Geldpolitik weiterhin deutlich expansiv ausgerichtet. Auch die langfristigen Zinsen haben sich wenig verändert; die Rendite für zehnjährige Staatsanleihen betrug zuletzt etwa 1 ¾ Prozent. Wir erwarten, dass die Zinsen im Verlauf der nächsten zwei Jahre sehr allmählich angehoben werden.

Der Finanzpolitik ist es in den vergangenen Jahren gelungen, das Budgetdefizit deutlich zu verringern. Es dürfte in diesem Jahr bei knapp 5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen, nach mehr als 8 Prozent vor drei Jahren. Gleichwohl setzt sich der Anstieg der Schuldenquote fort. Sie erreicht in diesem Jahr annähernd 180 Prozent. Eine weitere Zunahme ist wahrscheinlich, selbst wenn die Regierung ihre Vorgabe erreicht, bis zum Jahr 2010 einen Überschuss im Primärhaushalt zu erzielen. Im Prognosezeitraum dürfte das strukturelle Defizit abermals zurückgeführt werden. Dabei wer-

den insbesondere die öffentlichen Investitionen weiter verringert; zudem ist es wahrscheinlich, dass vereinzelt auch Steuern und Sozialabgaben erhöht werden, wengleich die viel diskutierte Anhebung der Mehrwertsteuer im Prognosezeitraum nicht durchgeführt wird. Alles in allem wird die Finanzpolitik die Konjunktur dämpfen.

Die konjunkturelle Expansion wird sich in den kommenden beiden Jahren voraussichtlich in moderatem Tempo fortsetzen. Mit der Unterstellung, dass das Produktionspotential mit einer Rate von reichlich 1 ½ Prozent wächst (OECD 2006b), wird die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung allenfalls geringfügig zunehmen. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im kommenden Jahr um 1,6 Prozent steigen, nach 2,1 Prozent in diesem Jahr; treibende Kraft bleiben die Unternehmensinvestitionen (Tabelle 3). Dabei wird sich die Arbeitslosigkeit kaum verändern. Die Inflation dürfte sich sowohl 2007 als auch 2008 nur wenig beschleunigen.

Tabelle 3:
Eckdaten zur Konjunktur in Japan 2005–2008

	2005	2006 ^a	2007 ^a	2008 ^a
Bruttoinlandsprodukt ^b	1,9	2,1	1,6	2,0
Inlandsnachfrage ^b	1,6	1,3	1,3	1,8
Privater Verbrauch	1,6	0,8	0,8	1,2
Staatskonsum	1,7	0,3	1,4	1,0
Anlageinvestitionen	2,6	3,1	1,9	3,3
Unternehmensinvestitionen	6,6	7,3	4,3	4,6
Wohnungsbau	-1,3	0,6	2,0	2,5
Öffentliche Investitionen	-6,4	-9,1	-7,7	-2,2
Lagerinvestitionen ^c	-0,1	0,1	0,1	0,0
Außenbeitrag ^c	0,3	0,8	0,3	0,3
Exporte	6,9	10,0	5,8	5,4
Importe	5,8	5,1	4,8	4,8
Verbraucherpreise	-0,3	0,4	0,5	0,9
Arbeitslosenquote ^d	4,4	4,2	4,0	3,8
Leistungsbilanzsaldo ^e	3,6	4,5	4,8	4,8
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo ^e	-5,2	-4,8	-4,0	-3,2

^aPrognose. — ^bReal. — ^cVeränderung in Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres. — ^dIn Prozent der Erwerbspersonen. — ^eIn Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

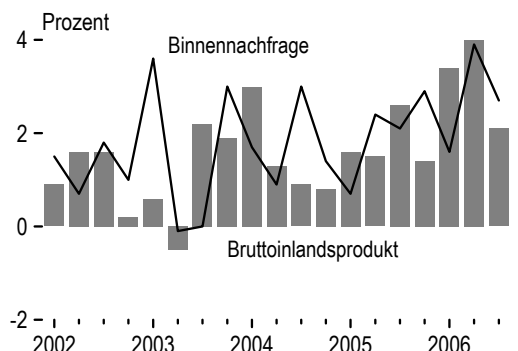
Quelle: Cabinet Office (2006); OECD (2006a, 2006b); eigene Berechnungen und Prognosen.

Aufschwung im Euroraum setzt sich in moderatem Tempo fort

Die Wirtschaft im Euroraum befindet sich zum ersten Mal seit dem Jahr 2000 wieder in einem kräftigen Aufschwung. Nach einer starken Expansion im ersten Halbjahr 2006, als das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer laufenden Jahresrate von 3,6 Prozent stieg, ging die Zuwachsrate im dritten Quartal zwar spürbar zurück, die vorläufigen Schätzungen beziffern den Anstieg auf nur noch 2 Prozent (Abbildung 12). Diese Rate dürfte die konjunkturelle Grundtendenz aber deutlich unterzeichnen. Zum einen war die Produktion im zweiten Quartal wegen witterungsbedingter Fluktuationen der Bautätigkeit in mehreren Ländern ungewöhnlich stark ausgedehnt worden, der Anstieg im dritten Quartal von daher gedrückt. Zum anderen ist die Abschwächung vor allem auf die Entwicklung in Deutschland und in Frankreich zurückzuführen. In Deutschland gibt es Hinweise darauf, dass die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im dritten Quartal unterschätzt wurde (Boss et al. 2006), und in Frankreich ist die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion zurzeit sehr volatil und die Schwankungen in den Quartalsraten sind von daher wenig aussagekräftig. In den übrigen Ländern nahm das Bruttoinlandsprodukt dagegen in nur wenig verlangsamtem Tempo zu. Auch die Stimmungsindikatoren deuten auf eine ungebrochene Dynamik des Aufschwungs im Euroraum hin (Abbildung 13), und Frühindikatoren wie der EUROFRAME-Indikator lassen erwarten, dass es im vierten Quartal nochmals zu einer kräftigen Ausweitung der Produktion gekommen ist (Abbildung 14).

Getragen wird die wirtschaftliche Dynamik von der Inlandsnachfrage. Insbesondere nehmen die Investitionen angesichts immer stärker ausgelasteter Produktionskapazitäten und gefördert durch hohe Gewinne und immer noch günstige Finanzierungskonditionen kräftig zu. Im Zuge des Aufschwungs hat sich der Beschäftigungszuwachs beschleunigt, und die Arbeitslosigkeit ist innerhalb eines Jahres deutlich –

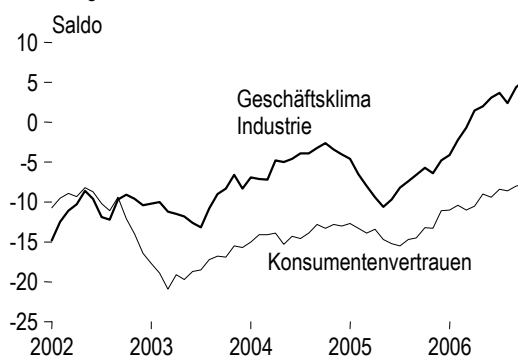
Abbildung 12: Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Euroland 2002–2006^a



^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Eurostat (2006).

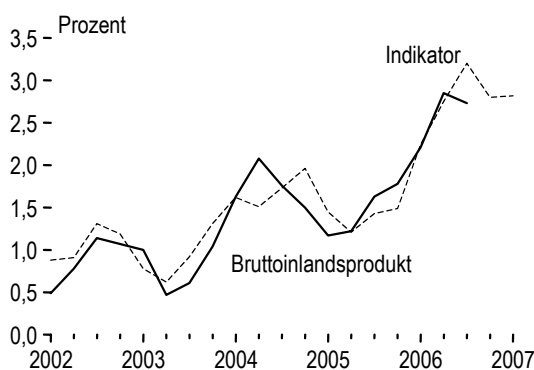
Abbildung 13: Stimmungsindikatoren in Euroland 2002–2006^a



^aSaisonbereinigt.

Quelle: Europäische Kommission (2006); Eurostat (2006).

Abbildung 14: EUROFRAME-Indikator und reales Bruttoinlandsprodukt in Euroland 2002–2007^{a,b}



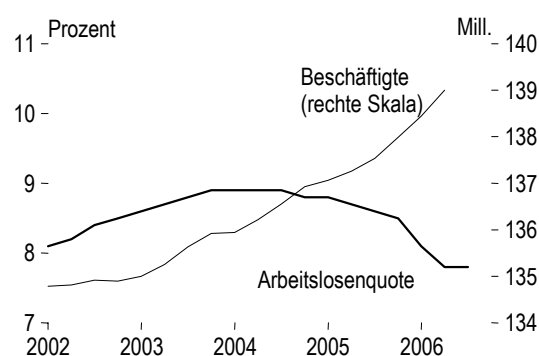
^aReal. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Eurostat (2006); EUROFRAME (2006).

Konjunkturelle Expansion in den Industrieländern flacht sich ab

von 8,6 Prozent auf 7,7 Prozent – gesunken (Abbildung 15). In der Folge verbesserte sich das Konsumklima, und der private Verbrauch im bisherigen Jahresverlauf stieg mit einer Rate von reichlich 2 Prozent merklich stärker als in den Vorjahren, obwohl die real verfügbaren Einkommen zeitweise durch den ölpreisbedingt deutlich verstärkten Preisauftrieb gedämpft wurden.

Abbildung 15:
Arbeitsmarkt in Euroland 2002–2006^a



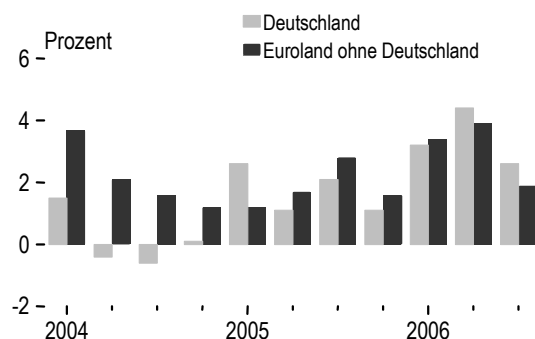
^aSaisonbereinigt.

Quelle: Eurostat (2006); eigene Berechnungen.

Anders als in früheren Jahren ist die konjunkturelle Dynamik in Deutschland in diesem Jahr sogar etwas größer als im übrigen Euroraum (Abbildung 16). Ein Grund hierfür ist, dass sich die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb besser behauptet als die meisten anderen Länder im Euroraum. Dazu trägt die vergleichsweise geringe Zunahme der Arbeitskosten bei, welche die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produzenten stützt und der spürbaren Aufwertung des Euro entgegen wirkt. Darüber hinaus spielt eine Rolle, dass die deutsche Wirtschaft sich besonders stark auf die Ausfuhr von Gütern spezialisiert hat, die im derzeitigen weltweiten Umfeld einer raschen Ausweitung der Investitionen besonders stark nachgefragt sind (Tabelle 4). Im Ergebnis expandierten die Exporte hier wesentlich stärker als im übrigen Euroraum.

Ein weiterer Grund dafür, dass sich die Produktion in Deutschland relativ zum übrigen Euroraum so viel besser entwickelt als in den

Abbildung 16:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland und in Euroland ohne Deutschland 2004–2006^a



^aVeränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate.

Quelle: Eurostat (2006); eigene Berechnungen.

Tabelle 4:
Struktur der Exporte nach ausgewählten Warengruppen in den großen Ländern des Euroraums 2004 (Prozent)

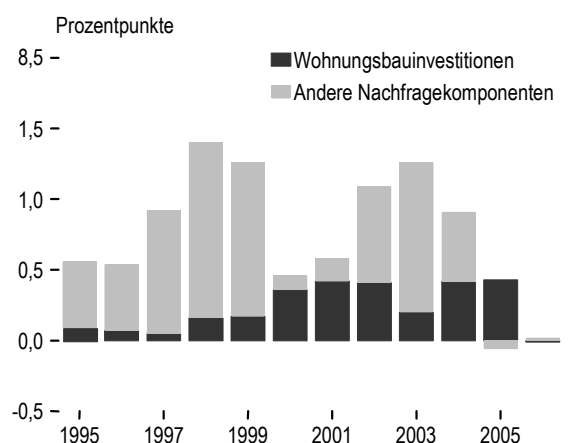
	Deutschland	Frankreich	Italien	Spanien
Chemie (ohne Pharma) (SITC 5 ohne 54)	9,7	11,9	7,0	8,2
Eisen und Stahl (67)	2,6	3,4	3,9	3,5
Maschinenbau ohne Straßenfahrzeuge (7 ohne 78)	32,9	28,0	30,2	18,1
Straßenfahrzeuge (78)	17,7	14,7	7,9	23,3
Andere Mess- und Prüfinstrumente (87)	2,8	1,9	1,3	0,9
Insgesamt	66,7	59,8	50,3	53,9

Quelle: OECD (2006c); eigene Berechnungen.

Vorjahren liegt in den Bauinvestitionen. Während in Deutschland die Entwicklung im Wohnungsbau die gesamtwirtschaftliche Produktion zwischen 2000 und 2005 um durchschnittlich 0,25 Prozentpunkte gedrückt hatte, wird sie in diesem Jahr wohl nahezu 0,2 Prozentpunkte zum Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts beisteuern. Damit ist der Unterschied zwischen Deutschland und dem übrigen Euroraum hinsichtlich des Wachstumsbeitrags der Wohnungsbauinvestitionen, der die vergleichsweise schwache Entwicklung des deutschen Bruttoinlandsprodukts in den vergangenen Jahren zu einem erheblichen Teil erklärt (Gern und Meier 2006), in diesem Jahr verschwunden (Abbil-

dung 17). Gleichzeitig hat sich der Boom am Immobilienmarkt in einigen anderen Ländern des Euroraums, insbesondere in Spanien, Frankreich und – von geringerem Gewicht – in Irland abgeschwächt. Dieser hatte nicht nur zu einer kräftigen Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen geführt, sondern über Vermögens-effekte auch den privaten Konsum angeregt. Mit nachlassendem Immobilienpreisanstieg steigt nun das Risiko, dass die gesamtwirtschaftliche Aktivität über die Effekte auf den Wohnungsbau hinaus dadurch gedämpft wird, dass die Verbrauchsneigung sinkt, zumal die Verschuldung der privaten Haushalte im Verhältnis zu den verfügbaren Einkommen in mehreren Ländern historische Höchststände erreicht hat (OECD 2006b). Darüber hinaus dürfte sich die Erholung im deutschen Wohnungsbau im kommenden Jahr nur in stark abgeschwächtem Tempo fortsetzen, denn sie ist wohl überwiegend auf Baumaßnahmen zurückzuführen, die vorgezogen wurden, um die auslaufende Wohnungsbauförderung noch mitzunehmen bzw. der Belastung durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer im kommenden Jahr auszuweichen (Boss et al. 2006).

Abbildung 17: Unterschiede zwischen den Anstiegsraten des realen BIP zwischen dem übrigen Euroraum und Deutschland nach Nachfragekomponenten 1995–2005^a

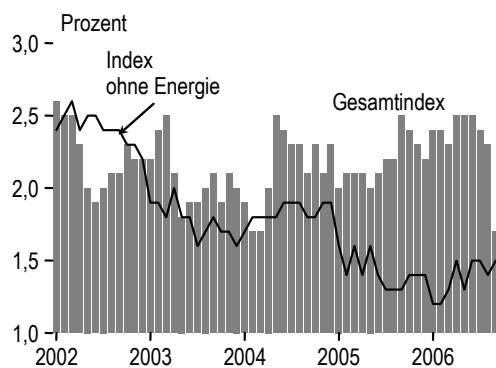


^aDifferenz der Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt (Lundberg-Komponenten) in Prozentpunkten

Quelle: OECD Economic Outlook Database, 2006: eigene Prognose; eigene Berechnungen.

Die Inflationsrate ist dank eines geringeren Anstiegs der Energiepreise in den vergangenen Monaten unter 2 Prozent gesunken; im November betrug sie 1,8 Prozent (Abbildung 18). Der Stab der EZB hat angesichts der niedrigeren Rohölnotierungen seine Projektion für die Inflation im Euroraum im Jahr 2007 gegenüber derjenigen vom August um 0,4 Prozentpunkte auf 2,0 Prozent verringert. Der Erwartungswert für 2008 liegt bei 1,9 Prozent. Bei einer Spanne von 1,6–2,4 Prozent für das kommende Jahr und einer Spanne von 1,3–2,5 Prozent für das Jahr 2008 besteht nach wie vor ein erhebliches Risiko, dass das Inflationsziel von „unter, aber nahe bei“ 2 Prozent erneut verfehlt wird. Darauf deuten auch der Verlauf der Kernrate der Inflation, die seit Beginn des Jahres tendenziell – von 1,2 Prozent auf 1,5 Prozent im Oktober – gestiegen ist, und die Indikatoren für die Lohnentwicklung hin. Zwar ist der Lohnkostenauftrieb bei Zuwächsen von etwas mehr als 2 Prozent zurzeit noch stabilitätsgerecht. Angesichts der zunehmenden Beschäftigungsdynamik und einer Arbeitslosigkeit, die in einer Reihe von Ländern inzwischen auf ein niedriges Niveau gesunken ist, steigt mit Fortdauer des Aufschwungs – die Projektion für den gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg im Jahr 2007 wurde leicht angehoben – aber das Risiko, dass die Löhne merklich anziehen und das Inflationsziel von dieser Seite in Gefahr gerät. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass die EZB der gerade vollzogenen Anhebung des wich-

Abbildung 18: Verbraucherpreise in Euroland 2002–2006^a



^aVeränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Eurostat (2006); eigene Berechnungen.

tigsten Leitzinses auf 3,5 Prozent im Frühjahr noch einen weiteren Schritt folgen lässt. Danach wird sie ihre Zinsen wohl konstant lassen, zumal die wirtschaftliche Aktivität und die Preisentwicklung bei unseren Annahmen durch die höhere Bewertung des Euro etwas gedämpft werden. Die langfristigen Zinsen dürften leicht steigen. Insgesamt laufen die Anregungen von der monetären Seite im Prognosezeitraum aus.

Die Finanzpolitik wird im kommenden Jahr auf einen restriktiven Kurs einschwenken, nachdem das zusammengefasste Budgetdefizit im laufenden Jahr trotz der sehr kräftigen Konjunktur und starker Zuwächse bei den gewinnabhängigen Unternehmenssteuern wohl nur leicht von 2,4 auf 2,0 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gesunken ist.² Eine deutlich dämpfende Politik ist für das kommende Jahr in Portugal, Griechenland, Italien und Deutschland beschlossen, wobei Maßnahmen zur Steigerung der Einnahmen dominieren. Das Budgetdefizit im Euroraum dürfte auf 1,4 Prozent sinken (Tabelle 5). Für 2008 erwar-

ten wir insgesamt keine Konsolidierungsschritte. Zwar fordert der revidierte Stabilitätsvertrag eine kontinuierliche Verminderung des strukturellen Defizits bei denjenigen Ländern, die noch deutliche Defizite aufweisen. Wir erwarten jedoch, dass in den betreffenden Ländern nach den Anstrengungen des kommenden Jahres nur wenig Neigung zu weiteren Steuererhöhungen oder Sparmaßnahmen besteht, zumal die 3-Prozent-Marke des Vertrags von Maastricht mit Ausnahme Portugals wohl von allen Ländern – und zumeist deutlich – unterschritten wird. Für Deutschland zeichnet sich eher eine expansive Finanzpolitik ab, die mit den Einnahmeausfällen im Zuge der Unternehmensteuerreform zusammenhängt.

Im kommenden Jahr wird der Aufschwung im Euroraum an Fahrt verlieren (Abbildung 19). Eine spürbar langsamere Entwicklung in den ersten Monaten des Jahres ist vorwiegend durch die Effekte der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland bedingt, die auch auf den übrigen Euroraum ausstrahlen. In der Folgezeit machen sich die geldpolitische Straffung, die Aufwertung des Euro und eine etwas geringe Dynamik im Ausland bemerkbar, so dass das reale Bruttoinlandsprodukt wohl nur noch wenig stärker als das Produktionspotential zunehmen wird. Dabei wird sich die Entwicklung in Deutschland nur wenig von der im übrigen

Tabelle 5:
Budgetsaldo des Staates in Euroland 2004–2007^a

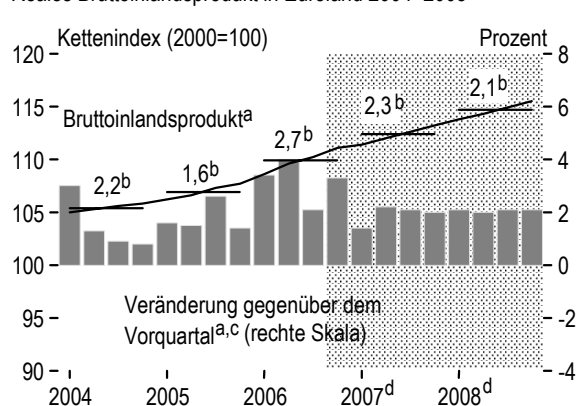
	2005	2006 ^b	2007 ^b	2008 ^b
Deutschland	-3,2	-1,9	-1,2	-1,3
Frankreich	-2,9	-2,8	-2,8	-2,5
Italien	-4,1	-4,8	-2,9	-2,8
Spanien	1,1	1,5	1,2	0,7
Niederlande	-0,3	0,0	0,4	0,2
Belgien	0,0	-0,2	-0,5	-0,7
Österreich	-1,5	-1,3	-1,5	-1,3
Griechenland	-5,2	-2,8	-2,5	-2,5
Irland	-1,1	1,2	1,0	0,5
Finnland	2,7	2,9	3,0	3,0
Portugal	-6,0	-4,5	-3,8	-3,5
Slowenien	-1,4	-1,5	-1,5	-1,5
Luxemburg	-1,0	-1,3	-0,5	-0,5
Euroland	-2,4	-2,0	-1,4	-1,4
Euroland ohne Deutschland	-2,0	-2,0	-1,5	-1,5

^aIn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. — ^bPrognose.

Quelle: Eurostat (2006); eigene Berechnungen und Prognosen.

² Das Defizit wird in diesem Jahr allerdings dadurch um knapp 0,2 Prozentpunkte erhöht, dass die italienische Regierung die Rückzahlung von Mehrwertsteuern auf Dienstwagen verbucht, zu der sie durch einen Spruch des Europäischen Gerichtshofes verpflichtet wurde.

Abbildung 19:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Euroland 2004–2008



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^cAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^dAb 2006 IV: Prognose.

Quelle: Eurostat (2006); eigene Berechnungen und Prognosen.

Konjunkturelle Expansion in den Industrieländern flacht sich ab

Tabelle 6:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den EU-Ländern 2006, 2007 und 2008

	Gewicht ^a	Bruttoinlandsprodukt ^b			Verbraucherpreise ^{b,c}			Arbeitslosenquote ^d		
		2006 ^e	2007 ^e	2008 ^e	2006 ^e	2007 ^e	2008 ^e	2006 ^e	2007 ^e	2008 ^e
Deutschland	20,6	2,6	2,1	1,8	1,7	2,2	1,7	8,2	7,8	7,2
Frankreich	15,6	2,3	1,9	1,7	1,8	1,5	1,4	9,1	8,7	8,5
Italien	13,0	1,8	1,4	1,7	2,2	2,0	1,8	7,1	7,0	6,8
Spanien	8,3	3,8	3,5	3,2	3,3	2,7	2,7	8,3	7,7	7,5
Niederlande	4,6	3,2	3,0	2,4	1,5	1,0	1,4	4,0	3,5	3,3
Belgien	2,7	2,8	2,4	2,2	2,0	1,6	1,7	8,3	8,3	8,2
Österreich	2,3	3,2	2,5	2,0	1,7	1,4	1,7	5,0	4,9	4,8
Griechenland	1,7	4,0	3,5	3,5	3,3	3,0	3,0	9,3	9,1	9,0
Irland	1,5	5,3	4,5	4,5	3,8	3,6	3,5	4,3	4,3	4,4
Finnland	1,4	4,6	3,3	2,8	1,5	1,8	2,0	7,8	7,4	7,2
Portugal	1,4	1,2	1,6	2,0	2,8	2,5	2,2	7,6	7,6	7,5
Slowenien	0,3	4,8	4,5	4,5	2,5	2,5	2,8	6,0	5,7	5,3
Luxemburg	0,3	5,0	4,5	4,0	3,2	2,0	2,5	4,7	4,4	4,2
Vereinigtes Königreich	16,2	2,6	2,5	2,4	2,2	2,0	1,9	5,5	5,7	5,6
Schweden	2,6	4,2	3,4	3,0	1,3	1,5	1,8	7,3	7,0	6,7
Dänemark	1,9	3,5	2,8	2,5	2,0	2,2	2,5	3,9	3,5	3,5
Polen	2,1	5,0	5,0	4,5	1,4	1,8	2,5	14,0	12,5	11,5
Tschechien	0,9	6,4	5,5	5,0	2,4	2,5	3,0	7,5	7,2	7,0
Ungarn	0,8	4,2	2,7	3,3	4,5	6,0	4,0	7,3	7,8	7,7
Rumänien	0,7	7,0	6,0	5,5	6,8	5,0	5,0	7,6	7,5	7,5
Slowakei	0,3	7,5	6,5	5,5	4,8	3,4	3,5	14,2	13,5	13,0
Litauen	0,2	8,0	7,0	6,5	3,8	4,5	3,5	6,0	5,3	5,0
Bulgarien	0,2	6,0	6,0	6,0	7,0	3,5	4,0	8,8	7,8	7,2
Zypern	0,1	3,8	4,0	3,5	2,5	2,3	2,5	7,5	7,2	7,0
Lettland	0,1	10,5	9,0	7,5	6,5	5,7	5,5	7,4	6,7	6,4
Estland	0,1	11,0	9,5	8,0	4,1	4,0	4,5	5,5	4,0	3,5
Malta	0,0	2,5	2,0	2,0	3,0	2,5	2,5	7,0	7,0	7,0
Europäische Union	100,0	2,8	2,4	2,3	2,1	2,0	1,9	7,6	7,3	7,0
Nachrichtlich:										
Europäische Union 15	94,3	2,7	2,3	2,2	2,1	2,0	1,8	7,2	7,0	6,7
Neue Mitgliedsländer	5,6	4,7	4,2	3,9	2,2	2,5	2,6	9,0	8,4	7,9
Euroraum	73,6	2,7	2,3	2,1	2,1	2,0	1,8	7,7	7,3	7,1
Euroraum ohne Deutschland	52,9	2,7	2,3	2,2	2,2	1,9	1,9	7,5	7,1	7,0

^aAuf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2005 (Prozent). — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^cHarmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — ^dStandardisierte Arbeitslosenquote (Prozent) nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlange der Erwerbspersonenzahl von 2005. — ^ePrognose.

Quelle: Eurostat (2006); OECD (2006a); eigene Berechnungen und Prognosen.

Euroraum unterscheiden, während der Produktionsanstieg in Italien vor allem wegen der fiskalischen Restriktion und der in Frankreich als Folge verminderter Wettbewerbsfähigkeit unterdurchschnittlich ausfallen wird (Tabelle 6). Deutlich an Schwung verliert vor allem der Export. Beim Verbrauch wirkt sich in Deutsch-

land die mehrwertsteuerbedingte Verringerung der Kaufkraft dämpfend aus, im übrigen Euroraum kommt vor allem das Abflauen des Immobilienbooms zum Tragen. Die Dynamik bei den Unternehmensinvestitionen bleibt dagegen vorerst hoch. Im Verlauf des Jahres 2008 dürfte sich das Tempo des Produktionsanstiegs

allmählich wieder erhöhen, denn die dämpfenden Wirkungen von der monetären Seite laufen allmählich aus, und auch die Konjunktur im Ausland wird wieder etwas an Fahrt aufnehmen. Im Jahresdurchschnitt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion etwa ähnlich stark zunehmen wie 2007 (Tabelle 7). Die Arbeitslosigkeit geht über den gesamten Prognosezeitraum weiter zurück, wenn auch nicht mehr so rasch wie im Jahr 2006. Der Preisauftrieb bleibt moderat. Bei Ausbleiben neuerlicher Energiepreisschübe dürfte die Inflation 2008 zum ersten Mal seit 1999 im Jahresdurchschnitt unter 2 Prozent sinken; ohne die Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland, die die Inflation im Euroraum insgesamt um 0,3 Prozentpunkte erhöht, wäre dies schon im kommenden Jahr der Fall.

Tabelle 7:
Eckdaten zur Konjunktur in Euroland 2005–2008

	2005	2006 ^a	2007 ^a	2008 ^a
Bruttoinlandsprodukt ^b	1,4	2,7	2,3	2,1
Inlandsnachfrage ^b	1,7	2,6	2,6	2,0
Privater Verbrauch	1,4	1,9	1,8	1,7
Staatsverbrauch	1,3	2,2	1,6	1,5
Anlageinvestitionen	2,7	5,1	4,5	3,0
Vorratsveränderungen ^{c,d}	0,0	-0,1	0,1	0,0
Außenbeitrag ^d	-0,3	0,1	-0,3	0,1
Exporte ^b	4,5	8,6	5,1	4,1
Importe ^b	5,5	8,6	6,0	4,0
Verbraucherpreise ^e	2,2	2,1	2,0	1,8
Arbeitslosenquote ^f	8,5	7,8	7,4	7,1
Leistungsbilanzsaldo ^g	0,0	-0,3	-0,1	0,0
Budgetsaldo ^g	-2,4	-2,1	-1,8	-1,9

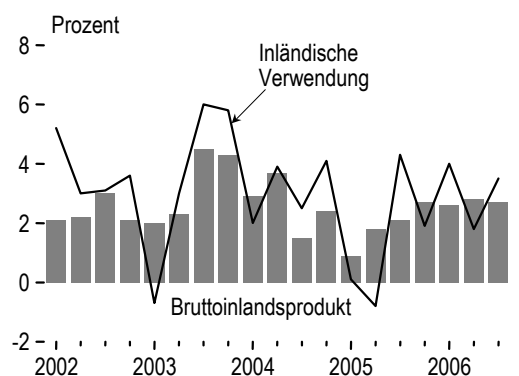
^aPrognose. — ^bReal, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^cPrivater Sektor. — ^dBeitrag zur Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten, saisonbereinigt. — ^eHarmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI); Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — ^fIn Prozent der Erwerbspersonen. — ^gIn Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Eurostat (2006); eigene Berechnungen und Prognosen.

Robuste Expansion im Vereinigten Königreich

Im Vereinigten Königreich ist die konjunkturelle Schwäche, die das Jahr 2005 geprägt hat, überwunden. Seit Ende vergangenen Jahres steigt das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer Rate von rund 2 ¾ Prozent (Abbildung 20). Die Expansion der Inlandsnachfrage ist dabei breiter abgestützt als in den Vorjahren, denn anders als im Aufschwung der Jahre 2003 und 2004 nehmen nun dank günstiger Finanzierungsbedingungen und vor dem Hintergrund geringer Kapazitätsreserven auch die Unternehmensinvestitionen recht kräftig zu. Der private Konsum hat sich zwar ebenfalls belebt, wobei nicht zuletzt der erneute Aufschwung am Immobilienmarkt anregend gewirkt haben dürfte. Die Zuwächse bei den Ausgaben der privaten Haushalte blieben aber im Vergleich zu denen in den ersten Jahren der Dekade moderat. Die Staatsausgaben nahmen bis zuletzt weiter kräftig zu, wengleich sich das Tempo der Expansion etwas vermindert hat; der öffentliche Konsum stieg im Verlauf des Jahres sogar etwas schwächer als das Bruttoinlandsprodukt. Der Außenbeitrag war leicht rückläufig, wobei die Verkaufsraten der Exporte und Importe – ungewöhnlich hohen Zuwächsen im ersten Halbjahr

Abbildung 20:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Vereinigten Königreich 2002–2006^a



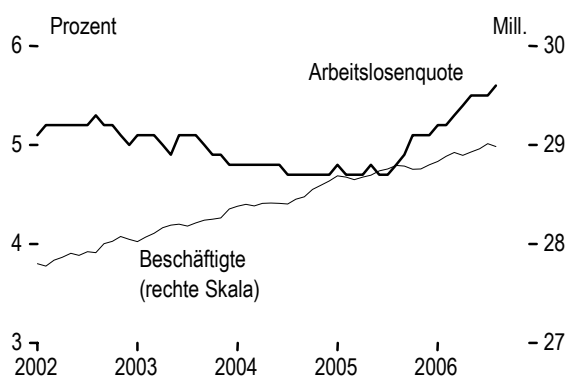
^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Office for National Statistics (2006).

folgte im dritten Quartal ein scharfer Einbruch – derzeit kaum zu interpretieren sind, weil umfangreiche betrügerische Karussellgeschäfte zur Erschleichung der Umsatzsteuererstattung die Außenhandelsstatistik verzerren.³

Trotz des kräftigen Produktionsanstiegs hat sich die Arbeitslosenquote weiter erhöht. Sie klettert seit dem Frühjahr 2005 kontinuierlich und beträgt mittlerweile 5,6 Prozent (Abbildung 21). Zwar nahm die Zahl der Beschäftigten im Jahresverlauf beschleunigt zu. Gleichzeitig schwoll jedoch der Zustrom von Arbeitskräften aus dem Ausland – vor allem aus den neuen Mitgliedsländern der EU – weiter an. Außerdem stieg die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer erheblich,⁴ was zum einen Resultat einer gezielten Arbeitsmarktpolitik ist, zum anderen aber wohl auch damit zusammenhängt, dass die Aussichten für die Einkommen aus den Alterssicherungssystemen ungünstiger geworden sind. Vor diesem Hintergrund hat sich der Lohnzuwachs leicht verlangsamt.

Abbildung 21: Arbeitsmarkt im Vereinigten Königreich 2002–2006^a



^aSaisonbereinigt.

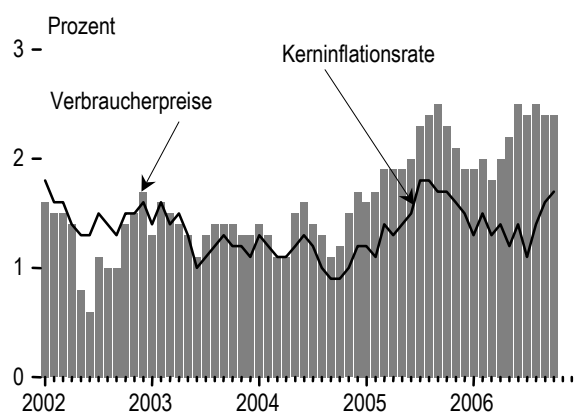
Quelle: Office for National Statistics (2006).

³ Für eine Darstellung des Problems und der Behandlung in der Statistik vgl. Bank von England (2006: 22–23) sowie Ruffles und Williams (2005).

⁴ Ältere Arbeitnehmer gehen zunehmend später in den Ruhestand und viele Ruheständler nehmen Teilzeitjobs an. So ist die Zahl der Beschäftigten im Rentenalter gegenwärtig um rund 11 Prozent höher als vor einem Jahr, während die Zahl der Beschäftigten insgesamt nur um 0,7 Prozent gestiegen ist (National Statistics 2006).

Die Inflationsrate liegt bereits seit dem Sommer 2005 nahezu kontinuierlich über dem Zielwert von 2 Prozent, und sie ist im Jahresverlauf in der Tendenz gestiegen (Abbildung 22). Auch im November 2006 war die Überschreitung bei einer Rate von 2,4 Prozent trotz der wieder niedrigeren Ölpreise deutlich, vor allem weil sich die Preise für Strom und Gas stark erhöht haben. Die Bank von England hat angesichts der hartnäckigen Überschreitung des Inflationsziels den Leitzins in diesem Jahr bereits zweimal um jeweils 25 Basispunkte angehoben; er liegt nun bei 5,0 Prozent. Auch weil die kräftige Ausweitung des Arbeitsangebots zu einer weiteren Abschwächung des Lohnkostenanstiegs führen dürfte, erwarten wir, dass diese moderate Straffung der Geldpolitik ausreicht, um dafür zu sorgen, dass sich die Inflation auf mittlere Sicht wieder zielgerecht entwickeln wird; die Notenbankzinsen bleiben nach unserer Annahme auf absehbare Zeit konstant. Die Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum ebenfalls leicht restriktiv wirken. Der Ausgabenanstieg wird sich nach den Planungen tendenziell abschwächen; gleichzeitig steigen die Einnahmen – vor allem progressionsbedingt – deutlich an. Das gesamtstaatliche Defizit dürfte in den kommenden beiden Jahren jeweils leicht zurückgehen.

Abbildung 22: Verbraucherpreisanstieg im Vereinigten Königreich 2002–2006^a



^aVeränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Office for National Statistics (2006).

Die gesamtwirtschaftliche Expansion wird sich im Prognosezeitraum in geringfügig vermindertem Tempo fortsetzen (Tabelle 8). Beim privaten Konsum ist weiter mit etwas geringeren Expansionsraten zu rechnen als beim Bruttoinlandsprodukt, da die jüngsten Zinsanhebungen im Verein mit der Unsicherheit über die Leistungsfähigkeit der Systeme der Alterssicherung zu einem Anstieg der Sparquote führen dürften. Die Unternehmen werden ihre Investitionen angesichts hoher Kapazitätsauslastung und verbesserter Renditen sowie Absatzerwartungen, die nicht zuletzt dank der robusten Konjunktur im Euroraum günstig bleiben, weiter zügig ausweiten. Alles in allem erwarten wir, dass das Bruttoinlandsprodukts in den kommenden beiden Jahren weiter mit rund 2 1/2 Prozent zunimmt. Der Verbraucherpreisanstieg wird in diesem Jahr 2,2 Prozent betragen und sich in den kommenden beiden Jahren bei 2 Prozent einpendeln.

Tabelle 8:
Eckdaten zur Konjunktur im Vereinigten Königreich 2005–2008

	2005	2006 ^a	2007 ^a	2008 ^a
Bruttoinlandsprodukt ^b	1,9	2,6	2,5	2,4
Inlandsnachfrage ^b	1,8	2,7	2,3	2,4
Privater Verbrauch	1,4	2,1	2,1	2,1
Staatsverbrauch	2,8	2,5	2,8	2,3
Anlageinvestitionen	2,7	5,6	4,3	3,6
Vorratsveränderungen ^c	-0,1	0,0	-0,3	0,0
Außenbeitrag ^c	0,0	-0,1	0,0	0,0
Exporte ^b	7,1	11,5	1,4	4,9
Importe ^b	6,5	11,2	1,1	4,7
Verbraucherpreise ^d	2,0	2,2	2,0	1,9
Arbeitslosenquote ^e	4,8	5,5	5,7	5,6
Leistungsbilanzsaldo ^f	-2,2	-2,4	-2,0	-2,1
Budgetsaldo	-3,4	-3,0	-2,7	-2,6

^aPrognose. — ^bReal; Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent. — ^cBeitrag zur Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten, saisonbereinigt. — ^dHarmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — ^eIn Prozent der Erwerbspersonen. — ^fIn Prozent des nominalen Bruttoinlandsproduktes.

Quelle: Office for National Statistics (2006), eigene Prognosen.

Ausblick: Langsamere Gangart der Konjunktur in den Industrieländern

Der Aufschwung in den Industrieländern insgesamt, der im Verlauf des Jahres 2006 spürbar an Fahrt verloren hat, schwächt sich im kommenden Jahr noch etwas ab. Die Produktion steigt aber weiterhin deutlich, zumal sich die Anregungen von der kräftigen wirtschaftlichen Expansion in den Entwicklungs- und Schwellenländern wohl nur leicht verringern werden. Lediglich in den Vereinigten Staaten geht die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung zurück. Hier ist die geldpolitische Straffung besonders ausgeprägt gewesen. Die Korrektur am Immobilienmarkt, die mit einem kräftigen Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen verbunden ist, setzt sich zunächst fort. Mit dem Auslaufen der positiven Effekte vonseiten des Immobilienvermögens wird auch der private Verbrauch langsamer zunehmen. In diesem Umfeld werden schließlich auch die Unternehmensinvestitionen weniger rasch ausgeweitet. Die Konjunktur in Europa und in Japan bietet hingegen ein robusteres Bild. Der Aufschwung im Euroraum hat offenbar eine erhebliche Eigendynamik, auch weil von der Geldpolitik bis vor kurzem noch deutliche Anregungen ausgingen, die erst allmählich auslaufen. Angesichts der Aufwertung des Euro und einer insgesamt restriktiven Finanzpolitik wird sich zwar auch hier das Expansionstempo merklich verringern, doch sinkt der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts wohl nicht unter die Wachstumsrate des Produktionspotentials. Die Konjunktur im Vereinigten Königreich bleibt ebenfalls deutlich aufwärts gerichtet. In Japan schließlich dürfte sich der Produktionsanstieg etwa in dem zuletzt beobachteten Tempo fortsetzen, wobei die Binnennachfrage allmählich an Gewicht gewinnen wird. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in den Industrieländern insgesamt um 2,4 Prozent im kommenden Jahr, nach einem Zuwachs von 2,9 Prozent in diesem Jahr (Tabelle 9).

Konjunkturelle Expansion in den Industrieländern flacht sich ab

Tabelle 9:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den Industrieländern 2006, 2007 und 2008

	Gewicht ^a	Bruttoinlandsprodukt ^b			Verbraucherpreise ^{b,c}			Arbeitslosenquote ^d		
		2006 ^e	2007 ^e	2008 ^e	2006 ^e	2007 ^e	2008 ^e	2006 ^e	2007 ^e	2008 ^e
Euroland	30,8	2,7	2,3	2,1	2,1	2,0	1,8	7,8	7,4	7,1
Europäische Union 25	41,6	2,9	2,5	2,4	2,1	2,0	1,6	8,1	7,7	7,5
Schweiz	1,1	2,9	2,4	2,0	1,0	1,0	1,5	3,9	3,5	3,2
Norwegen	0,9	2,5	3,0	2,7	2,2	1,8	2,5	3,6	3,2	3,1
West- und Mitteleuropa	43,6	2,9	2,5	2,4	2,1	2,0	1,7	7,9	7,6	7,3
Vereinigte Staaten	38,5	3,3	2,5	2,8	3,3	2,2	2,2	4,6	4,9	5,0
Japan	14,4	2,1	1,6	2,0	0,4	0,5	0,9	4,2	4,0	3,8
Kanada	3,4	2,8	2,6	3,0	2,2	1,9	2,1	6,3	6,4	6,3
Länder insgesamt	100,0	2,9	2,4	2,5	2,3	1,9	1,8	6,2	6,1	6,0
Nachrichtlich: Welthandelsvolumen		9,5	7,0	7,0

^aAuf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2005 (Prozent). — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^cWest- und Mitteleuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — ^dStandardisierte Arbeitslosenquote (Prozent) nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2004. — ^ePrognose.

Quelle: Eurostat (2006); OECD (2006a); Statistics Canada (2006); eigene Berechnungen und Prognosen.

Die Inflationsspektiven sind günstig. Eine ausgeprägte interne Kosten- und Preisdynamik hat sich bislang nicht eingestellt und wir erwarten, dass die Lohnentwicklung mäßig bleibt. In den Vereinigten Staaten dürften die Lohnkosten bei rückläufiger Kapazitätsauslastung verlangsamt steigen; im Euroraum und in Japan ist zwar mit einem weiteren leichten Anziehen zu rechnen, die Lohnzuwächse bleiben aber insgesamt voraussichtlich stabilitätsgerecht. Damit sind die Aussichten gut, dass die Geldpolitik darauf verzichten kann, auf einen deutlich restriktiven Kurs zu gehen. In den Verei-

nigten Staaten dürften die Zinsen im kommenden Jahr sogar gesenkt werden.

Unter diesen Bedingungen rechnen wir damit, dass die Konjunktur in den Industrieländern im Verlauf des Jahres 2008 allmählich wieder an Schwung gewinnt. Im Jahresdurchschnitt wird die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts ähnlich hoch ausfallen wie 2007. Der Welthandel expandiert weiter kräftig, auch wenn der Zuwachs mit 7 Prozent hinter der hohen Rate von etwa 9,5 Prozent zurückbleiben wird, die für das Jahr 2006 zu erwarten ist.

Literatur

- Bank von England (2006). Inflation Report. August. London. Via Internet (20. November 2006) <<http://www.bankofengland.co.uk/inflationreport/iro06aug.pdf>>.
- Boss, A., C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2006). Gute Chancen auf einen langanhaltenden Aufschwung in Deutschland. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2006*. Kieler Diskussionsbeiträge 436/437. IfW, Kiel.
- Cabinet Office (2006). Quarterly Estimates of GDP. Via Internet (1. Dezember 2006) <<http://www.esri.cao.go.jp/en/sna/menu.html>>.
- Dovern, J., K.-J. Gern, F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2006). Konjunktur in den Industrieländern bleibt vorerst kräftig. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2006*. Kieler Diskussionsbeiträge 428/429. IfW, Kiel.
- EUROFRAME (2006). Economic Assessment of the Euro Area: Forecasts and Policy Analysis – Spring Report. Via Internet (8. Dezember 2006) <<http://www.euro-frame.org>>.
- Europäische Kommission (2006). Via Internet (8. Dezember 2006) <http://www.ec.europa.eu/economy_finance/indicators_en.htm>.
- Eurostat (2006). *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*. Luxemburg.
- EZB (Europäische Zentralbank) (2006). *Monatsbericht*. November. Frankfurt am Main.
- Federal Reserve Bank of St. Louis (2006). Federal Reserve Economic Database. Via Internet (1. Dezember 2006) <<http://www.research.stlouisfed.org/fred/>>.
- Gern, K.-J., F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2006). Boom in der Weltwirtschaft geht zu Ende. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2006*. Kieler Diskussionsbeiträge 430/431. IfW, Kiel.
- Gern, K.-J., und C.-P. Meier (2006). Explaining Euro Area Growth Differences: The Role of Residential Investment. Vorläufiges Papier, abrufbar via Internet <http://www.euroframe.org/fileadmin/user_upload/euroframe/efu/autumn2006/Annex_A1.pdf>.
- HWWA (Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv) (2006). HWWA-Rohstoffpreisindex. Via Internet (1. Dezember 2006) <<http://www.hwwa.de/Forschung/Konjunktur/Rohstoffpreise/Ueberblick.htm>>.
- IMF (International Monetary Fund) (2006). *International Financial Statistics*. November. Washington, D.C.
- National Association of Realtors (2006). Existing-Home Sales and Prices Overview. Via Internet (8. Dezember 2006) <<http://www.realtor.org/Research.nsf/Pages/EHSdata>>.
- National Statistics (2006). Labour Market Statistics. November 2006. London. Via Internet (16. November 2006) <<http://www.statistics.gov.uk/pdfdir/lmsuk1106.pdf>>.
- OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) (2006a). *Main Economic Indicators*. November. Paris.
- OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) (2006b). *Economic Outlook*. November. Paris.
- OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) (2006c). *International Trade by Commodities*. Paris.
- Office for National Statistics (2006). Economy. Via Internet (27. November 2006) <<http://www.statistics.gov.uk/default.asp>>.

Konjunkturelle Expansion in den Industrieländern flacht sich ab

- Ruffles, D., und Williams T. (2005). Report on further research into the impact of Missing Trader Fraud on UK Trade statistics, Balance of Payments and National Accounts. Via Internet (6. Dezember 2006). <http://www.statistics.gov.uk/articles/nojournal/Further_Missing_Trader_Fraud_Research.pdf>.
- Statistics Canada (2006). *Canadian Economic Observer*. November. Ottawa.
- US Census Bureau (2006). Economic Indicators: "Housing Starts/Building Permits". Via Internet (8. Dezember 2006) <<http://www.census.gov/cgi-bin/briefroom/BriefRm>>.
- US Department of Commerce (2006). Bureau of Economic Analysis: National Economic Accounts. Via Internet (1. Dezember 2006) <<http://www.bea.gov/bea/dn/home/gdp.htm>>.
- US Department of Labor (2006a). Bureau of Labor Statistics. Employment Situation. Via Internet (1. Dezember 2006) <<http://www.bls.gov/news.release/empstat.toc.htm>>.
- US Department of Labor (2006b). Bureau of Labor Statistics. Consumer Price Indexes. Via Internet (1. Dezember 2006) <<http://www.bls.gov/cpi/home.htm>>.
- US Department of Labor (2006c). Bureau of Labor Statistics. Producer Price Index. Via Internet (1. Dezember 2006) <<http://www.bls.gov/ppi/home.htm>>.
- US Department of Treasury (2006). Monthly Treasury Statement. Via Internet (1. Dezember 2006) <<http://fms.treas.gov/mts/index.html>>.

Gute Chancen auf einen langanhaltenden Aufschwung in Deutschland

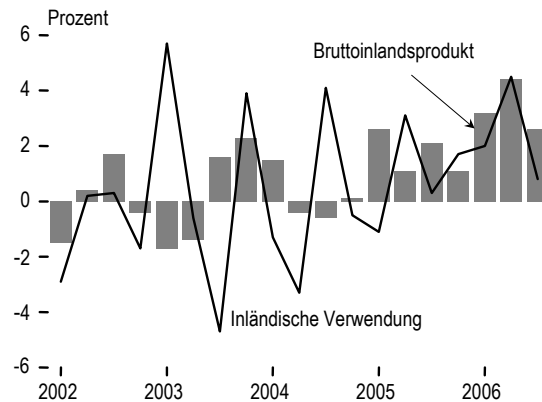
Alfred Boss, Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp und Joachim Scheide

Zusammenfassung:

Seit unserer Prognose vom August haben sich eine Reihe von Daten sehr viel günstiger entwickelt als damals erwartet. Heute schätzen wir das Risiko, dass die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr in eine Schwächephase gerät, deutlich geringer ein als vor drei Monaten. Zwar wird die Mehrwertsteuererhöhung die Binnennachfrage im Jahr 2007 dämpfen und die Impulse vom Export schwächen sich ab. Der zuletzt nochmals beschleunigte Rückgang der Arbeitslosigkeit deutet jedoch darauf hin, dass sich die merkliche Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren nun auch in Form höherer Beschäftigung auszuzahlen beginnt. Wir erhöhen unsere Prognose für den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2007 von 1,0 auf 2,1 Prozent. Für das Jahr 2008 erwarten wir einen Zuwachs um 1,8 Prozent.

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland bleibt kräftig. Zwar hat das reale Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal dieses Jahres langsamer zugenommen als in den beiden Vorquartalen (Abbildung 1). Die konjunkturelle Grundtendenz wird dadurch aber wohl unterzeichnet, denn wichtige Indikatoren deuten auf ein anhaltend hohes Expansionstempo hin. Alles in allem war die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung zuletzt um rund 1 1/2 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr.

Abbildung 1:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2002–2006^a



^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Im dritten Quartal hat sich – der Veröffentlichung durch das Statistische Bundesamt zufolge – der Anstieg der Inlandsnachfrage merklich abgeschwächt; er betrug lediglich 0,8 Prozent, nach 4,5 Prozent im Quartal zuvor (jeweils laufende Jahresrate). Zum Teil ist dies eine Reaktion auf die ungewöhnlich günstige Entwicklung im Vorquartal. So erhöhten sich die Bauinvestitionen, die im Frühjahr als Reflex auf den Einbruch zu Jahresanfang kräftig zugelegt hatten, nur wenig. Auch ließ das Expansionstempo bei den Ausrüstungsinvestitionen vorübergehend nach; dies spiegelt jedoch keine Eintrübung des Investitionsklimas wider, denn die wichtigen Rahmenbedingungen haben sich für die Unternehmen nicht verschlechtert. Der Zuwachs bei den privaten Konsumausgaben ist

Gute Chancen auf einen langanhaltenden Aufschwung in Deutschland

dagegen mit einer laufenden Jahresrate von 2,7 Prozent hoch ausgefallen. Offenbar haben die Verbraucher verstärkt dauerhafte Güter gekauft, um die höhere Mehrwertsteuer zu vermeiden; eine Wende im Konsumverhalten lässt sich daraus jedoch nicht ableiten. Die Impulse aus dem Ausland verstärkten sich im dritten Quartal wieder, die Exporte legten mit einer laufenden Jahresrate von 18,0 Prozent zu. Diese Komponente weist erfahrungsgemäß eine hohe Volatilität aus; so hatte der Zuwachs im Vorquartal lediglich 3,1 Prozent betragen.

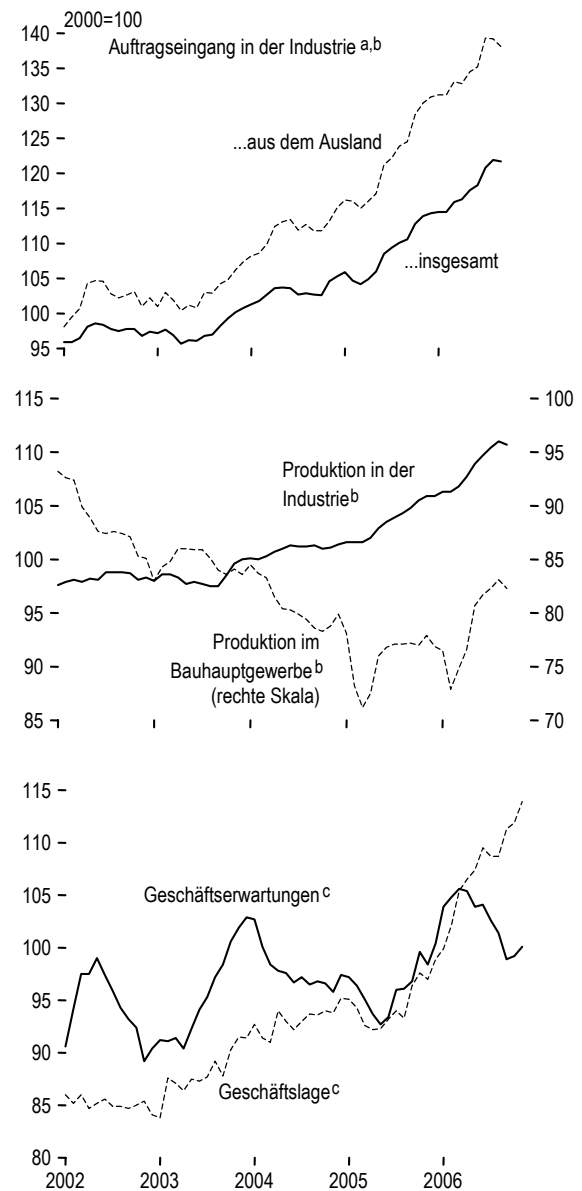
Für eine weitere Festigung der Konjunktur spricht, dass die Bereitschaft der Unternehmen, Arbeitskräfte einzustellen, erheblich zugenommen hat. Zwischen März und September ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um mehr als ein Prozent gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen sank in den vergangenen sechs Monaten um reichlich 300 000 Personen, und die Arbeitslosenquote betrug im November 10,2 Prozent; dies ist der niedrigste Stand seit drei Jahren. Unternehmensmeldungen deuten sogar darauf hin, dass sich in einigen Bereichen bereits ein Mangel an Fachkräften bemerkbar macht.

Der Preisauftrieb hat sich nach dem kräftigen Rückgang der Preise für Erdöl wieder beruhigt. So betrug die Inflationsrate im November nur noch 1,5 Prozent. Allerdings hat sich der Anstieg bei den Verbraucherpreisen ohne Energie in den vergangenen Monaten spürbar beschleunigt. Hierin spiegelt sich die bessere Konjunktur wider; auch dürften sich die Sekundäreffekte als Folge des Anstiegs bei den Energiepreisen verstärkt haben. Ferner hat die angekündigte Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes die Unternehmen vermutlich veranlasst, die Preise zusätzlich anzuheben.

Für das Schlussquartal 2006 erwarten wir einen kräftigen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Zwar sind die Auftragseingänge und die Industrieproduktion im Oktober gesunken. Andere Frühindikatoren deuten aber auf eine Fortsetzung des Produktionsanstiegs hin (Abbildung 2). So wurde die aktuelle Geschäftslage gegenüber den schon hohen Werten im Spätsommer zuletzt nochmals besser beurteilt, und die Erwartungen haben sich nach der

einige Monate währenden Schwäche wieder etwas erholt. Schließlich ist mit weiteren Vorzieheffekten im Hinblick auf die bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung zu rechnen, insbesondere im Wohnungsbau.

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2002–2006



^aReal. — ^bGleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ^cGewerbliche Wirtschaft.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); ifo (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Kasten 1:

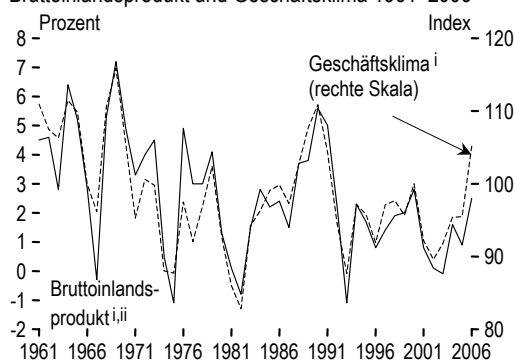
Zum Zusammenhang zwischen dem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts und dem Geschäftsklima

Das ifo Institut fragt monatlich etwa 7 000 Unternehmen in Deutschland unter anderem danach, ob sie ihre derzeitige und ihre Geschäftslage in sechs Monaten gegenüber dem Vormonat als besser, schlechter oder unverändert beurteilen. Der Saldo aus allen positiven und negativen Antworten auf die jeweilige Frage ergibt die Indikatoren zur „Geschäftslage“ bzw. zu den „Geschäftserwartungen“, der Mittelwert aus beiden Indikatoren wird als „Geschäftsklima“ bezeichnet.

Obwohl die einzelnen Unternehmen nicht nach einer Beurteilung der Stärke der Veränderung ihrer derzeitigen bzw. erwarteten Geschäftslage gefragt werden, deuten die historischen Daten für Deutschland bzw. das frühere Bundesgebiet auf eine enge Korrelation zwischen der jahresdurchschnittlichen Geschäftsklima-Beurteilung und der Stärke der jahresdurchschnittlichen Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr hin (Abbildung K1a).^a Offenbar besteht ein Zusammenhang zwischen der Stärke und der Breite eines Aufschwungs, d.h. der Zahl der Unternehmen, die daran teilhaben.

Abbildung K1a:

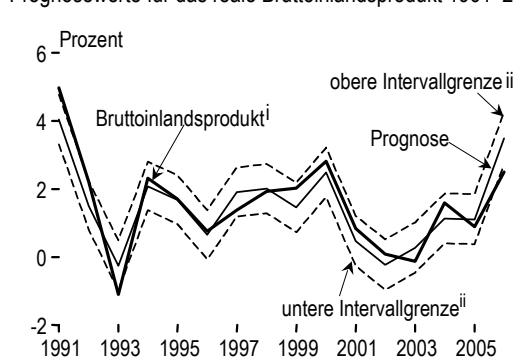
Bruttoinlandsprodukt und Geschäftsklima 1961–2006



ⁱDezember-Wert geschätzt.. — ⁱⁱZuwachsrate gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Abbildung K1b:

Prognosewerte für das reale Bruttoinlandsprodukt 1961–2005



ⁱZunahme gegenüber dem Vorjahr. Wert für 2005 mit 2,5 Prozent angegeben. — ⁱⁱPrognoseintervall mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 33 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.4 und Reihe S.29*; ifo (lfd. Jgg); eigene Berechnungen.

Eine Regression des Produktionsanstiegs auf das Geschäftsklima für Jahresdaten von 1970 bis 2005 ergibt (heteroskedastizitätsrobuste *t*-Werte in Klammern):^b

$$\Delta y_t = -20,01 - 0,05 t + 0,25 GK_t$$

(10,10) (4,39) (12,62)

$$R^2 : 0,85 \quad DW : 1,94,$$

wobei Δy für die prozentuale Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (bis 1991 für das frühere Bundesgebiet, danach für Deutschland) gegenüber dem Vorjahr, GK für das Geschäftsklima in der Index-Darstellung und t für einen Zeitindex stehen. Alle Koeffizienten sind hochsignifikant. Tests auf Autokorrelation höherer Ordnung zeigen keine dynamische Fehlspezifikation an; Strukturbrüche im Stützzeitraum können ausgeschlossen werden.

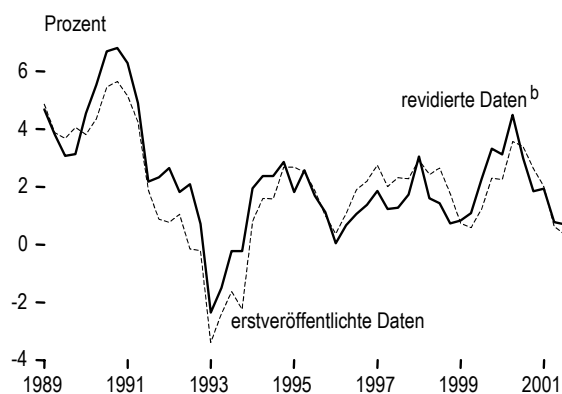
Den Schätzergebnissen zufolge geht ein Anstieg des Geschäftsklimas um einen Indexpunkt mit einer Erhöhung der Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts um einen viertel Prozentpunkt einher. Darüber hinaus impliziert die Gleichung eine „Rezessionsschwelle“; fällt das Geschäftsklima unter diesen Schwellenwert, so ist mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts zu rechnen. Aufgrund des Trendterms in der Gleichung ist dieser Schwellenwert zeitvariabel und steigt pro Jahr um 0,2 Indexpunkte. Zurzeit liegt er bei 91,6.

Im Jahr 2006 dürfte sich das Geschäftsklima gegenüber dem Vorjahr um 10 Indexpunkte verbessert haben. Die Regressionsgleichung impliziert für das laufende Jahr eine jahresdurchschnittliche Expansionsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 3,5 Prozent (Abbildung K1b); eine Anstiegsrate von 2,5 Prozent kann bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 33 Prozent ausgeschlossen werden, nicht jedoch bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10 Prozent.

^aVgl. dazu die Analyse der Deutschen Bundesbank (2006b: 40–41), die allerdings nur den Zeitraum seit 1991 umfasst. — ^bEine Schätzung mit Daten von 1961 bis 2005 ergab Indizien für einen Strukturbruch im Jahr 1970, daher wurde die Schätzung auf den Zeitraum von 1970 bis 2005 beschränkt.

Vor diesem Hintergrund wäre für das vierte Quartal eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts mit einer laufenden Jahresrate von 3 Prozent zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt ergäbe sich dann für 2006 eine Expansion um 2,5 Prozent. Allerdings spricht einiges dafür, dass die für das laufende Jahr vorliegenden Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) auch nach der kräftigen Aufwärtsrevision vom vergangenen August die Stärke der tatsächlichen Produktionsausweitung unterzeichnen. So sind die Steuereinnahmen im Jahr 2006 deutlich stärker gestiegen, als es die ausgewiesene Expansion des Bruttoinlandsprodukts hätte vermuten lassen. Auch besteht eine merkliche Abweichung zwischen den Daten der VGR und der vom ifo Institut ermittelten Einschätzung der derzeitigen und künftigen Geschäftslage durch die Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft. In den länger zurückreichenden, revidierten Zeitreihen lässt sich auf jahresdurchschnittlicher Basis ein enger Zusammenhang zwischen dem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion und dem Geschäftsklima feststellen (Kasten 1). Auch in früheren Aufschwungsphasen haben sich die ersten Schätzungen für das reale Bruttoinlandsprodukt zuweilen nachträglich als zu vorsichtig herausgestellt, so etwa im Jahr 1999 und noch stärker während des Wiedervereinigungsbooms 1990/1991 (Abbildung 3). Wir erwarten vor diesem Hintergrund, dass die VGR-Daten für 2006, insbesondere jene für das dritte Quartal, spürbar nach oben revidiert werden, sobald weitere Informationen vorliegen. Um diese Erwartung, die Konsequenzen für die Prognose des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2007 hat, zu berücksichtigen, setzen wir für das Schlussquartal mit einer laufenden Jahresrate von 5,0 Prozent eine etwas erhöhte Produktionszunahme an. Diese schlägt sich auf der Verwendungsseite allein in einer stärkeren Zunahme der Vorratsveränderungen nieder. Die jahresdurchschnittliche Expansionsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2006 steigt damit auf 2,6 Prozent.

Abbildung 3:
Erstveröffentlichte und revidierte Daten des realen Bruttoinlandsprodukts 1989–2001^a



^aSaison- und kalenderbereinigte Quartalsdaten, Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr. — ^bDatenstand: Februar 2005.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); Clausen und Meier (2005); eigene Berechnungen.

Revision der Prognose

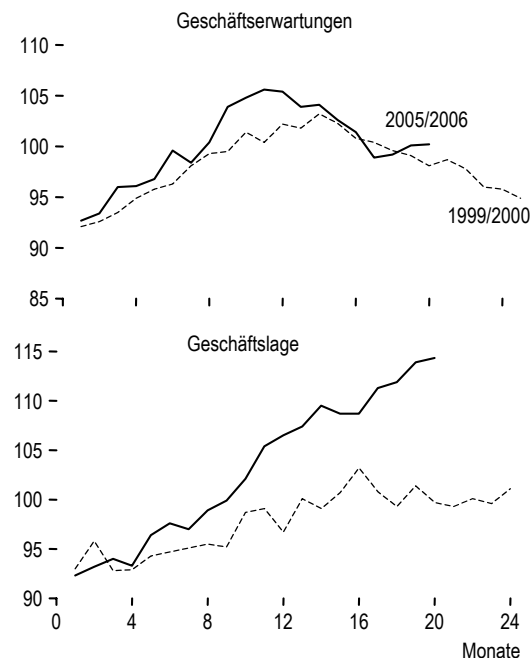
Der konjunkturelle Aufschwung hat sich im Verlauf dieses Jahres deutlich gefestigt. Dies war von uns frühzeitig prognostiziert worden. Bereits im März lautete unsere Prognose, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr um mehr als 2 Prozent steigen würde, und im August erhöhten wir unsere Vorhersage auf knapp 2,5 Prozent.

Seither haben sich allerdings die Frühindikatoren für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sehr viel günstiger entwickelt, als wir, aber auch die meisten anderen Prognostiker, erwartet hatten. So hat sich der Rückgang der Geschäftserwartungen, der im Mai eingesetzt hatte, anders als von uns im August erwartet, nicht fortgesetzt. Im Oktober und im November kam es sogar jeweils zu einem leichten Anstieg der Geschäftserwartungen, und die Exporterwartungen ziehen bereits seit September wieder an. Die Situation unterscheidet sich damit von der im Aufschwung 1999/2000. Auch damals hatten die Erwartungen nach einem gut einjährigen Anstieg ihren Höhepunkt erreicht, sie gingen daraufhin aber stetig zurück (Abbil-

Gute Chancen auf einen langanhaltenden Aufschwung in Deutschland

dung 4). Die gegenwärtigen Daten lassen eher den Schluss zu, dass die Unternehmen zwar mit einer Konjunkturdelle im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung rechnen, für die Zeit danach aber von einer weiteren Aufwärtsentwicklung ausgehen. Davon abgesehen ist die Geschäftslagebeurteilung der Unternehmen derzeit deutlich besser als im Aufschwung 1999/2000, ihre Auftragsbestände sind weitaus höher. Mit diesem Auftragspolster bliebe die Produktion selbst dann noch längere Zeit aufwärts gerichtet, wenn die Auftragseingänge demnächst stagnierten. Tatsächlich hat die Auftriebstendenz bei den Auftragseingängen im verarbeitenden Gewerbe zuletzt etwas an Schwung verloren (Abbildung 5). Wichtig jedoch ist, dass die wesentlichen Impulse nicht von der inländischen Konsumgüternachfrage kommen, wie wir im August vermutet hatten; dies ließe auf starke Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung schließen und wäre ein Indiz für ein konjunkturelles Strohfeuer. Stattdessen konzentrieren sich

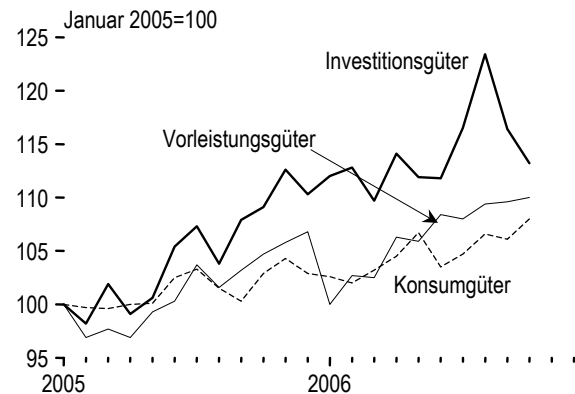
Abbildung 4:
Geschäftsklimavergleich 1999/2000 und 2005/2006^a



^aJeweils gemessen vom letzten Tiefpunkt der Geschäftserwartungen an. Dieser lag im Aufschwung 1999/2000 im Februar 1999 und im Aufschwung 2005/2006 im Mai 2005.

Quelle: ifo (Ifd. Jgg.).

Abbildung 5:
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe 2005 und 2006^a



^aSaisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen.

die Zuwächse bei den Auftragseingängen bisher auf die inländische Vorleistungs- und Investitionsgüternachfrage, dies deutet darauf hin, dass die Unternehmen fest mit einer Fortsetzung des Aufschwungs rechnen.

Von den vorlaufenden Nachfrageindikatoren abgesehen sind es die sehr positiven Signale vom Arbeitsmarkt, die uns veranlasst haben, unsere Einschätzung der binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte zu überprüfen. Der zuletzt nochmals beschleunigte Rückgang der Arbeitslosigkeit zeigt, dass der Arbeitsplatzaufbau weiter spürbar an Schwung gewonnen hat. Offenbar erwarten die Unternehmen einen anhaltenden Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, andernfalls würden sie nicht in diesem Umfang Investitionen in Sachkapital und Personal vornehmen. Der kräftige Arbeitsplatzaufbau deutet darüber hinaus darauf hin, dass sich die merkliche Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer in den vergangenen drei Jahren (Sachverständigenrat 2006: Anhang IV.B) nun in Form höherer Beschäftigung auszuzahlen beginnt. Angesichts des Ausmaßes der zurückliegenden Lohnzurückhaltung und der üblichen Wirkungsverzögerungen ist für die nähere Zukunft mit einem fortgesetzten Beschäftigungsanstieg zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund haben wir unser Konjunkturbild für Deutschland grundlegend revidiert. Heute schätzen wir das Risiko, dass

die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr in eine Schwächephase gerät, deutlich geringer ein als noch vor drei Monaten. Das bedeutet nicht, dass die von uns damals genannten Faktoren ihren Einfluss auf die Konjunktur verlieren. Nach wie vor erwarten wir von der Finanzpolitik spürbar dämpfende Effekte auf die Binnen nachfrage, ebenso lassen die Impulse von der Geldpolitik nach, und das Expansionstempo in der übrigen Welt schwächt sich sogar etwas stärker ab als im August angenommen und mindert den Anstieg der deutschen Exporte. Jedoch scheint die binnenwirtschaftliche Dynamik aus heutiger Sicht so hoch, dass im kommenden Jahr mit einem weiteren Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung gerechnet werden kann. Nach Jahren sehr schwacher Produktionszuwächse, die bei den Unternehmen mit Restrukturierungen, Kostensenkungen und Entschuldung verbunden waren und bei den Beschäftigten mit einer ausgeprägten Lohnzurückhaltung, befindet sich die Wirtschaft nun in einem kraftvollen Aufschwung. Anders als noch im August erwarten wir, dass dieser über das laufende Jahr hinausreichen wird. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Abflachung der Weltkonjunktur werden der Produktion zu Beginn des kommenden Jahres zwar einen Dämpfer versetzen. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte sind jedoch so stark, dass der Aufschwung insgesamt intakt bleiben dürfte, zumal der deutliche Rückgang der Energiepreise stützend wirkt. Maßgeblich für die Kräftigung der Binnenkonjunktur ist der Beschäftigungsaufbau, der die verfügbaren Einkommen und damit die privaten Konsumausgaben stimuliert. Dieser Beschäftigungsaufbau dürfte zu einem wesentlichen Teil eine verzögerte Reaktion auf die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre sein und sich selbst dann noch fortsetzen, wenn es im Zuge des Aufschwungs zu einer moderaten Beschleunigung des Lohnanstiegs kommt.

Wir erhöhen unsere Prognose für die Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2007 von 1,0 auf 2,1 Prozent. Davon gehen rein rechnerisch 0,4 Prozentpunkte auf den stärkeren Produktionsanstieg im Schlussquartal 2006 zurück, den wir als Korrekturposten für

den sehr niedrigen Wert für das dritte Quartal 2006 eingestellt haben.

Über das Jahr 2007 hinaus bestehen nun aufgrund der Restrukturierungen in den Unternehmen und der ausgeprägten Lohnzurückhaltung der Beschäftigten gute Chancen auf einen lang andauernden Aufschwung und einen nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit. Damit es dazu kommt, muss der Lohnanstieg weiter sehr maßvoll bleiben. Der Aufschwung wird länger anhalten und stärker ausfallen, die Arbeitslosigkeit wird deutlicher sinken, wenn die Tariflöhne auch in den kommenden Jahren nur in ähnlich geringem Ausmaß steigen wie in den vergangenen drei Jahren; insbesondere wird dadurch im Zusammenspiel mit den zu erwartenden außertariflichen Lohnerhöhungen die notwendige Spreizung des Lohnniveaus nach Qualifikation und Region erleichtert. Die Wirtschaftspolitik sollte eine solche Entwicklung unterstützen. Statt mit Appellen für kräftige Lohnerhöhungen zu einem baldigen Ende des Aufschwungs beizutragen, sollte sie den Arbeitsmarkt weiter liberalisieren und die Anreize zur Aufnahme einer Arbeit stärken, zumal sich in einer Zeit kräftig steigender Arbeitsnachfrage die notwendige Reformpolitik für den Arbeitsmarkt politisch besser durchsetzen lassen dürfte.

Geldpolitik regt Konjunktur nicht mehr an

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die monetären Impulse für den Euroraum weiter verringert. Am 7. Dezember hat sie ihren maßgeblichen Leitzins um einen viertel Prozentpunkt auf 3,5 Prozent angehoben. Dreimonatsgeld war Anfang Dezember für 3,7 Prozent zu haben und damit für einen dreiviertel Prozentpunkt mehr als vor einem halben Jahr. Im langfristigen Bereich sind die Zinsen im selben Zeitraum dagegen gefallen. Unter dem Eindruck sich eintrübender Konjunkturperspektiven für die Vereinigten Staaten verringerten

Gute Chancen auf einen langanhaltenden Aufschwung in Deutschland

sich dort die langfristigen Anleiherenditen und mit ihnen auch die in Deutschland. Sowohl nominal als auch real rentierten Bundesanleihen mit 9–10-jähriger Restlaufzeit Anfang Dezember rund einen halben Prozentpunkt niedriger als Anfang Juni; die bis September vorliegenden Kreditzinssätze im Neugeschäft der Banken reflektieren im Bereich der Kredite mit einer Laufzeit von über fünf Jahren diesen Rückgang bereits teilweise. Sehr günstig haben sich die Aktienkurse entwickelt. Damit haben sich die Bedingungen für die Eigen- und für die Fremdfinanzierung deutlich verbessert. Nahezu unverändert blieb die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im vergangenen Halbjahr. Nachdem sie sich bis Mitte Oktober etwas verbessert hatte, nahm sie durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar seither wieder ab und liegt nun etwa auf dem Stand zur Jahresmitte. Alles in allem haben sich die monetären Rahmenbedingungen im vergan-

genen Halbjahr trotz zweier Leitzinserhöhungen kaum verändert; insgesamt dürften sie die Konjunktur nach wie vor stimulieren.

Im Prognosezeitraum werden die monetären Impulse voraussichtlich etwas geringer werden. Die EZB dürfte die Leitzinsen im Frühjahr nochmals um einen viertel Prozentpunkt erhöhen und danach bis Ende 2008 unverändert lassen (Gern et al. 2006). Die Kapitalmarktzinsen dürften leicht steigen. Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist ein Wert von 1,32 unterstellt (Tabelle 1). Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen dürfte im Jahr 2007 gleichwohl etwas steigen; dazu trägt auch die Senkung der Sozialbeiträge bei. Im Jahr 2008 dürfte sie sich angesichts eines stärkeren Lohnanstiegs etwas verschlechtern.

Tabelle 1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2006, 2007 und 2008

	2006				2007				2008			
	I	II	III	IV ^a	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,6	2,9	3,2	3,6	3,8	3,9	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,7
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	3,5	4,0	3,9	3,7	3,8	3,9	4,0	4,1	4,2	4,3	4,4	4,5
Tariflohnindex ^{c,d}	1,0	1,6	0,3	2,0	1,7	1,8	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,3
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,20	1,27	1,27	1,29	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32	1,32
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^e	96,2	97,3	97,6	97,7	98,0	97,9	97,6	97,4	97,7	98,1	98,2	98,3
Industrieproduktion im Ausland ^{f,g}	4,6	5,4	3,3	1,9	1,7	1,5	1,7	2,0	2,2	2,5	3,0	3,5
Rohölpreis ^h	61,9	69,8	70,1	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0

^aTeilweise geschätzt. — ^bPrognose. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^dAuf Stundenbasis. — ^eGegenüber 49 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. — ^fVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^gIn 30 Ländern: 18 Industrieländer, 8 neue EU-Mitgliedsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. — ^hUS-Dollar pro Barrel Nordsee-Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Budgetdefizit des Staates unter der 2-Prozent-Marke

Das Budgetdefizit des Staates ist im Jahr 2006 stark gesunken. Entscheidend dafür ist der kräftige Aufschwung. Bedeutsam sind auch Maßnahmen, mit denen das strukturelle Budgetdefizit des Staates reduziert worden ist. So war die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter rückläufig. Auch wurden die arbeitsmarktpolitisch motivierten Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundes per saldo gekürzt. Zudem wurden Steuervergünstigungen reduziert. Schließlich haben Sondereinflüsse dazu beigetragen, dass das Defizit abnahm. Insbesondere ist das Aufkommen der Steuern auf Unternehmensgewinne und Kapitalerträge um 20 Prozent (Tabelle 2) und damit weitaus stärker gestiegen, als es aufgrund der Gewinnentwicklung zu erwarten war. Das Budgetdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2006 voraussichtlich 1,9 Prozent betragen (2005: 3,2 Prozent).

Tabelle 2:

Das Aufkommen der Steuern auf Unternehmensgewinne und Kapitalerträge 2003–2006

	2003	2004	2005	2006 ^a
	<i>Mrd. Euro</i>			
Körperschaftsteuer	8,3 ^b	13,1 ^b	16,3	23,4
Nicht veranlagte				
Steuern vom Ertrag	9,0 ^b	9,9	10,0	11,0
Zinsabschlag	7,6	6,8	7,0	7,6
Gewerbesteuer	24,1	28,4	32,1	36,6
Insgesamt	49,0	58,2	65,4	78,6
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent</i>			
Körperschaftsteuer	188,9	58,6	24,5	38,1
Nicht veranlagte				
Steuern vom Ertrag	-35,8	10,2	0,3	11,0
Zinsabschlag	-10,0	-11,3	3,2	8,6
Gewerbesteuer	2,8	17,5	13,2	13,9
Insgesamt	0,4	18,6	12,4	20,2

^aPrognose. — ^bStark beeinflusst durch die Effekte der Reform der Unternehmensbesteuerung im Jahr 2001.

Quelle: Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.); BMF (2006a: 290); eigene Prognose.

Im Jahr 2007 wird das strukturelle Budgetdefizit des Staates deutlich abnehmen. So werden die Ausgaben des Staates abermals nur wenig erhöht; zwar werden die Investitionen weiter ausgeweitet und neue Maßnahmen werden zu zusätzlichen Ausgaben führen,^{1,2} aber der Personalbestand im öffentlichen Dienst wird weiter – wenngleich in geringerem Maße als im Jahr 2006 – reduziert. Vor allem aber werden die Steuern angehoben (Boss et al. 2006b). Die Belastung durch Sozialbeiträge wird dagegen sinken. Zwar wird der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn des Jahres 2007 um 0,4 Prozentpunkte erhöht, und der durchschnittliche Beitragssatz in der Krankenversicherung wird im Jahr 2007 wohl um 0,5 Prozentpunkte höher als im Jahr 2006 sein (Kasten 2), aber der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung wird zum Jahresbeginn um 2,3 Prozentpunkte auf 4,2 Prozent gesenkt.³ Insgesamt dürfte das strukturelle Budgetdefizit des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 0,7 Prozentpunkte abnehmen. Das tatsächliche Budgetdefizit wird bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung wohl auf 1,2 Prozent zurückgehen (Tabelle 3).⁴

¹ Vermutlich werden zusätzliche Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit und neue Programme des Bundes zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in Kraft treten. Auch sind Mehrausgaben bei der Förderung des Sparens für das Alter („Riester-Rente“) zu erwarten (erhöhte Zulage für Berufsanfänger, Ergänzung des Anlagekatalogs um Immobilien).

² Die geplanten Maßnahmen zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit, der Spendentätigkeit, der Kultur etc. wirken sich auf der Einnahmenseite des Budgets aus.

³ Bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung wird die Bundesagentur für Arbeit, die im Jahr 2006 einen hohen Überschuss erzielt hat und Ende 2006 eine entsprechende Rücklage haben wird, im Jahr 2007 nur einen kleinen Teil ihrer Reserven benötigen, um ihre Ausgaben finanzieren zu können. Im Jahr 2008 dürfte sich die Finanzlage der Bundesagentur weiter verbessern. Es wäre angebracht, den Beitragssatz stärker als vorgesehen zu reduzieren (Boss et al. 2006b: 41–42).

⁴ Dabei ist unterstellt, dass ausländischen Anteilseignern inländischer Kapitalgesellschaften im Jahr 2007 Körperschaftsteuer in Höhe von 2 Mrd. Euro erstattet wird. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs, das die Rückzahlung vorschreibt, wird wohl bald verkündet werden. Für das Jahr 2008 wird eine Erstattung in derselben Größenordnung erwartet.

Kasten 2:

Zur Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung

Die gesetzliche Krankenversicherung hat auch im Jahr 2006 einen Überschuss erzielt. Er dürfte – trotz eines erhöhten Zuschusses des Bundes – nicht größer ausgefallen sein als im Vorjahr (Tabelle K2). Die sozialen Sachleistungen, zu denen z.B. die Ausgaben für ärztliche und zahnärztliche Behandlung, für Arzneimittel und für die Behandlung im Krankenhaus zählen, haben nämlich kräftig zugenommen. Die Beiträge, die die Beschäftigten, die Rentner und der Staat für Empfänger bestimmter Sozialleistungen (z.B. des Arbeitslosengeldes) zahlen, sind bei geringfügig erhöhtem Beitragssatz etwas stärker als die Lohnsumme gestiegen.

Tabelle K2:

Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung^a 2005–2008 (Mrd. Euro)

	2005	2006 ^b	2007 ^b	2008 ^b
Tatsächliche Sozialbeiträge	140,2	142,8	149,3	151,5
Unterstellte Sozialbeiträge	0,6	0,6	0,6	0,7
Empfangene Transfers vom Staat	4,6	6,4	4,7	3,7
Sonstige Einnahmen	1,0	1,0	1,0	1,0
Einnahmen insgesamt	146,4	150,8	155,6	156,9
Monetäre Sozialleistungen ^c	7,6	7,5	7,6	7,6
Soziale Sachleistungen	127,5	131,7	135,7	139,6
Sonstige Ausgaben ^d	9,1	9,4	9,7	9,9
Ausgaben insgesamt	144,2	148,6	153,0	157,1
Finanzierungssaldo	2,2	2,2	2,6	-0,2

^aAbgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — ^bPrognose. — ^cZ.B. Krankengeld. — ^dZ.B. Löhne der Beschäftigten, Verwaltungsaufwand.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen; eigene Prognose.

Im Jahr 2007 wird der Zuschuss des Bundes an die gesetzliche Krankenversicherung von 4,2 auf 2,7 Mrd. Euro verringert. Dies trägt dazu bei, dass die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung bei unveränderten Beitragssätzen – trotz der Zunahme der Beschäftigung sowie des verstärkten Lohnanstiegs und trotz einzelner Einsparmaßnahmen z.B. bei den Arzneimittelkäufen – nicht zur Finanzierung der Ausgaben ausreichen würden. Auch sind die Kassen verpflichtet, mindestens einen Teil ihrer Schulden zu tilgen. Der durchschnittliche Beitragssatz wird wohl so stark angehoben werden, dass er im Jahresdurchschnitt 2007 um 0,5 Prozentpunkte höher sein wird als im Jahr 2006 (14,2 Prozent).

Für das Jahr 2008 erwarten wir, dass die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung infolge der Maßnahmen im Rahmen der Gesundheitsreform etwas schwächer als im Jahr 2007 steigen werden. Bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung dürfte das Beitragsaufkommen bei unverändertem Beitragssatz (zusammen mit den sonstigen Einnahmen) zur Finanzierung der Ausgaben ausreichen.

Im Jahr 2008 dürften die Ausgaben des Staates um knapp 2 Prozent und damit merklich rascher als im Jahr 2007 zunehmen (1 Prozent). So werden die Löhne im öffentlichen Dienst wohl deutlich angehoben. Auch dürfte der Personalbestand tendenziell steigen; zusätzliche Arbeitsplätze dürften in jenen Bereichen entstehen, in denen bislang unter dem

Druck der hohen Budgetdefizite auf eine politisch gewollte Ausweitung des Personalbestandes verzichtet wurde. Zudem werden die Investitionen angesichts der verbesserten Finanzlage des Staates wohl beschleunigt ausgeweitet werden. Die Abgabenbelastung dürfte im Jahr 2008 etwas abnehmen. Zwar werden die Beitragssätze in der Sozialversicherung insgesamt

wohl konstant bleiben,⁵ die Lohnsteuerbelastung wird sogar progressionsbedingt steigen (Boss et al. 2006c); beträchtliche Mindereinnahmen (5 Mrd. Euro) sind aber infolge der Reform der Unternehmensbesteuerung zu erwarten (vgl. hierzu den Abschnitt „Zur Reform der Unternehmensbesteuerung und ihren Wirkungen“). Das Budgetdefizit des Staates dürfte im Jahr 2008 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt etwas zunehmen.

Tabelle 3:
Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates 1998–2008^a (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt)

	Ausgaben	Steuern ^b	Sozialbeiträge	Sonstige Einnahmen ^c	Budgetsaldo
1998	48,0	23,5	18,9	3,5	-2,2
1999	48,1	24,5	18,7	3,4	-1,5
2000	47,6 ^d	25,0	18,3	3,1	-1,2
2001	47,6	23,3	18,2	3,3	-2,8
2002	48,1	22,8	18,2	3,4	-3,7
2003	48,5	22,8	18,3	3,4	-4,0
2004	47,1	22,3	18,0	3,1	-3,7
2005	46,8	22,5	17,7	3,4	-3,2
2006 ^e	45,9	23,3	17,5	3,2	-1,9
2007 ^e	44,5	23,7	16,6	3,0	-1,2
2008 ^e	44,0	23,4	16,4	2,9	-1,3

^aAbgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — ^bEinschließlich der Erbschaftsteuer und der der Europäischen Union zustehenden Steuern. — ^cAusschließlich Erbschaftsteuer; nach Abzug der EU-Steuern. — ^dDie Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (2,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) sind nicht als negative Ausgaben berücksichtigt. — ^ePrognose.

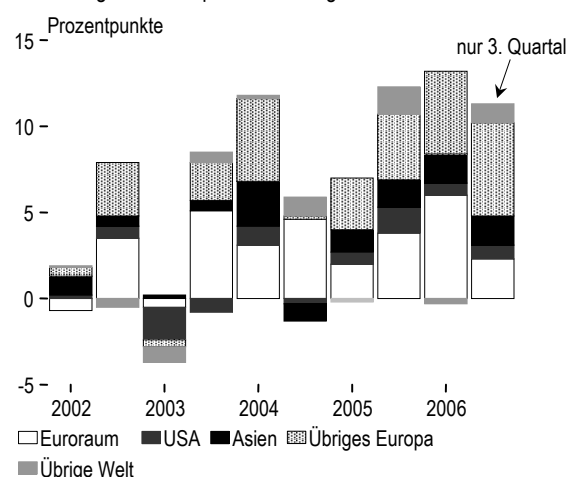
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen; eigene Prognose.

⁵ Bei der Rentenversicherung wird der Beitragssatz Anfang 2007 stärker als notwendig angehoben, so dass eine Rücklage entsteht, auf die im Jahr 2008 zurückgegriffen werden kann. Bei der Krankenversicherung kommt es zu begrenzten Einsparmaßnahmen im Rahmen der „Gesundheitsreform“.

Auslandsnachfrage schwächt sich ab

Nach einer Verschnaufpause im zweiten Quartal konnten die Exporte im dritten Quartal an die Dynamik vom Jahresanfang anknüpfen. Die Ausfuhr erhöhte sich mit einer laufenden Jahresrate von 18 Prozent. Besonders stark nahm die Ausfuhr nach Asien sowie in die Vereinigten Staaten zu (Abbildung 6), die im Frühjahr, wohl auch aufgrund der vorausgegangenen Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, rückläufig gewesen war. Die Lieferungen in den Euroraum, die erheblich zu der Dynamik der Exporte zu Jahresbeginn beigetragen hatten, expandierten wie schon im Vorquartal deutlich unterdurchschnittlich.

Abbildung 6:
Wertmäßige Warenexporte nach Regionen 2002–2006^a



^aHalbjahresdaten. Lundberg-Komponenten in Prozentpunkten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Im Winterhalbjahr 2006/2007 dürfte die Ausweitung der Exporte weiter schwungvoll verlaufen. Zwar waren die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland zuletzt rückläufig; im Oktober lagen sie um 2,7 Prozent unter dem Durchschnitt des dritten Quartals. Die Exporterwartungen der Unternehmen haben gleichwohl ihre Delle vom Sommer überwunden und sind seit September wieder aufwärts gerichtet. Gegenwärtig übertreffen sie bereits wieder ihren Höchststand

vom Frühjahr; sie befinden sich nun auf dem höchsten Niveau seit 1991. Für den weiteren Verlauf des Jahres 2007 sind die Exportaussichten allerdings weniger günstig. Die Konjunktur im Ausland dürfte bereits im vierten Quartal 2006 weiter an Schwung verloren haben, und auch in der ersten Hälfte kommenden Jahres wird der Produktionsanstieg im Ausland moderat bleiben. Zudem hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert, auch wenn ein Teil dieser Verschlechterung durch die Entlastung der Unternehmen von Sozialbeiträgen kompensiert wird. Im Sommerhalbjahr ist mit einem spürbar langsameren Anstieg der Exporte zu rechnen. Erst zum Jahresende 2007 dürfte sich die Expansion wieder etwas beschleunigen. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich voraussichtlich eine Zunahme der Ausfuhr um 7,1 Prozent, nach 11,8 Prozent im Jahr 2006. Im Jahr 2008 dürften die Exporte vor dem Hintergrund einer moderaten Expansion der Weltwirtschaft wieder etwas rascher zunehmen; für den Jahresdurchschnitt erwarten wir eine Ausweitung um 4,3 Prozent.

Die Einfuhr hat sich im dritten Quartal 2006 ebenso wie die Ausfuhr kräftig erhöht. Dabei dürften auch Vorzieheffekte eine gewisse Rolle gespielt haben. Zwar waren die Zuwächse bei den Vorleistungs- und Investitionsgütern deutlich höher als bei den Konsumgütern. Immerhin ein Drittel der Investitionsgüterimporte entfiel aber auf Straßenfahrzeuge. Vor dem Hintergrund des Booms bei den Ausrüstungsinvestitionen und der Anreize, die ab 2007 erhöhte Mehrwertsteuerbelastung zu mindern, dürfte die gesamte Einfuhr im Schlussquartal des laufenden Jahres abermals sehr deutlich zugelegt haben. Da etwa 40 Prozent der privaten Konsumausgaben durch Importe gedeckt werden, nehmen wir für das Schlussquartal vorgezogene Importe in Höhe dieses Anteils an den unterstellten Vorzieheffekten bei den privaten Konsumausgaben an; dies ergibt ein Volumen von 1 Mrd. Euro. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir einen Anstieg der Importe um 12,1 Prozent.

Im kommenden Jahr dürfte die Einfuhr etwas weniger rasch zunehmen, da vom Export geringere Impulse kommen. Anregungen erge-

ben sich aber durch die weiterhin sehr kräftige Investitionskonjunktur und durch die Zunahme der privaten Konsumausgaben. Im Jahr 2008 wird die Zunahme der Einfuhr mit der Erholung der Exporte und der privaten Konsumausgaben weiter Schwung aufnehmen. Dämpfend wirkt dann allerdings das Abflauen des Investitionsbooms. Alles in allem dürften die Importe 2008 um 3,8 Prozent steigen, nach 8,2 Prozent im Jahr 2007.

Die außenwirtschaftlichen Preiserhöhungstendenzen sind im vergangenen Quartal zum Stillstand gekommen. Vor dem Hintergrund nur noch vergleichsweise geringfügig anziehender Rohstoffnotierungen stagnierte der Deflator der Einfuhr. Für den Prognosezeitraum rechnen wir mit einer spürbaren Verringerung der Importpreise. Die Rohölnotierungen sind mittlerweile deutlich gesunken, und mit der Abflachung der Weltkonjunktur und der zunehmenden Ausweitung des Angebots werden auch die Preise für andere Rohstoffe zurückgehen (Gern et al. 2006). Hinzu kommt die Aufwertung des Euro. Vor diesem Hintergrund werden die Importpreise im Jahr 2007 ihren Stand vom Vorjahr voraussichtlich um 1,3 Prozent unterschreiten, nach einem Anstieg um 3,2 Prozent im laufenden Jahr. 2008 ist angesichts der erneuten Belebung der Weltkonjunktur wieder mit einem – wenn auch sehr mäßigen – Preisauftrieb zu rechnen (0,2 Prozent). Die Exportpreise sind zuletzt merklich beschleunigt gestiegen. Offenbar nutzten die Hersteller die weltweit hohe Nachfrage nach deutschen Produkten, um ihre Preise anzuheben. Im Prognosezeitraum dürften die Exporteure ihre Preisaufschläge weiter erhöhen. Dem wirkt allerdings entgegen, dass sich die Konjunktur bei den Handelspartnern abkühlt. Zudem dürften die Exporteure durch die Aufwertung des Euro zu Preiszugeständnissen gezwungen werden. Stellt man außerdem in Rechnung, dass die Unternehmen einen Teil der Kostenentlastung, die ab Januar 2007 durch die Verringerung der Beiträge zur Sozialversicherung um 1,2 Prozent eintritt, an ihre Kunden weitergeben, so ergibt sich für das Jahr 2007 insgesamt ein leichter Rückgang der Exportpreise (–0,5 Prozent), nach einem Anstieg um 1,1 Prozent im Jahr 2006. Für das Jahr

2008 ist angesichts der wieder rascheren weltwirtschaftlichen Expansion ein geringfügiger Anstieg der Exportpreise zu erwarten (0,2 Prozent). Die Terms of Trade werden sich damit, nach einem merklichen Rückgang im laufenden Jahr (-2,0 Prozent), im Jahr 2007 deutlich verbessern (+0,9 Prozent), im Jahr 2008 dürften sie unverändert bleiben.

Kräftige Expansion der Binnennachfrage

Nach einer verhältnismäßig kräftigen Expansion im ersten Halbjahr hat die Zunahme der Binnennachfrage im dritten Quartal 2006 merklich an Schwung verloren. Zwar stiegen die privaten Konsumausgaben merklich. Dem stand jedoch ein deutlich langsamerer Anstieg der Investitionen gegenüber.⁶ Im Schlussquartal 2006 dürfte die Binnenkonjunktur durch die abermalige Beschleunigung der Investitionszunahme und durch die Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung im Januar 2007 deutliche Impulse erhalten. Auf der Basis einer Analyse früherer Mehrwertsteuererhöhungen unterstellen wir vorgezogene Konsumgüterkäufe in Höhe von 2,5 Mrd. Euro (Kasten 3). Vorzieheffekte treten darüber hinaus im Wohnungsbau auf. Frühere Mehrwertsteuererhöhungen geben hier keine Anhaltspunkte, da sie – anders als die vom Januar nächsten Jahres – nicht solange im voraus angekündigt waren, so dass es hier kaum zu Vorzieheffekten kommen konnte. Wir nehmen an, dass die Hälfte des Anstiegs der Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2006 in Höhe von 4 Mrd. Euro auf Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung und dem Wegfall der Eigenheimzulage zurückzuführen sein dürfte. Diese Vermutung wird gestützt durch Daten zu den Geschäftserwartungen im Wohnungsbau, die nach einem kräftigen An-

⁶ Allerdings dürften die Daten die tatsächliche Expansion der Binnennachfrage unterzeichnen, siehe die Argumentation oben.

stieg Ende 2005 seit dem Frühjahr wieder rückläufig sind und nahezu auf das Niveau zurückgefallen sind, das sie vor dem Anstieg hatten (Abbildung 7).

Nach der Jahreswende fallen die vorgezogenen Konsumgüterkäufe und Bauleistungen weg, zudem werden die privaten Haushalte durch die Anhebung der Mehrwertsteuer belastet. Dem steht allerdings der positive Impuls auf die real verfügbaren Einkommen durch den Rückgang der Energiepreise und durch die Zunahme der Beschäftigung gegenüber, der durch den etwas stärkeren Lohnanstieg noch verstärkt wird. Die privaten Konsumausgaben werden daher im weiteren Jahresverlauf spürbar expandieren. Die Wohnungsbauinvestitionen werden leicht zunehmen, auch weil ein Teil der Bauherren darauf spekulieren dürfte, dass die Baupreise, die in diesem Jahr auch aufgrund der hohen Nachfrage stark angezogen haben, nach dem Wegfall der Vorzieheffekte wieder fallen, und daher mit der Realisierung ihrer Projekte bis zum nächsten Jahr warten. Zum Jahresende 2007 dürfte die Ausweitung der privaten Konsumausgaben vor dem Hintergrund der weiter deutlich steigenden Beschäftigung Fahrt aufnehmen; die erhöhte Dynamik wird angesichts fortgesetzter positiver Impulse vom Arbeitsmarkt voraussichtlich bis weit in das Jahr 2008 anhalten. Im Wohnungsbau sorgt der kräftige Anstieg der verfügbaren Einkommen 2008 immerhin für ein weiteres sehr moderates Plus. Alles in allem dürften die privaten Konsumausgaben im Jahr 2008 um 1,3 Prozent steigen, nach 0,9 Prozent im Jahr 2007 und 1,0 Prozent im Jahr 2006. Die Wohnungsbauinvestitionen werden 2008 ihren Vorjahresstand voraussichtlich um 0,9 Prozent übertreffen, nach 0,4 Prozent im Jahr 2007 und 3,0 Prozent 2006.

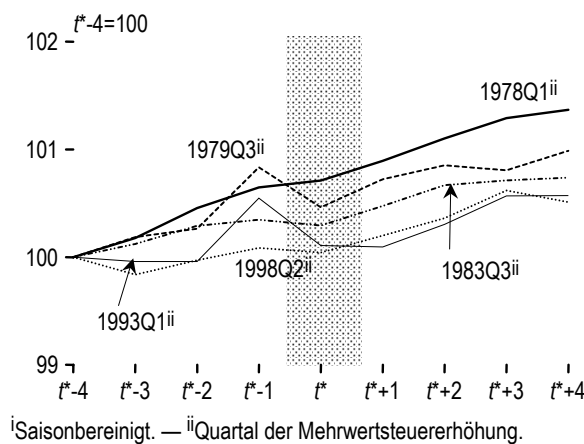
Der Boom bei den Unternehmensinvestitionen dürfte sich im kommenden Jahr fortsetzen. Stimulierend auf die Investitionstätigkeit wirken neben den günstigen Absatzperspektiven die nur moderat steigenden Arbeitskosten und die gesunkenen Rohstoffpreise. Auch die Finanzierungskosten sind immer noch niedrig, und die Unternehmen verfügen nach den hohen Gewinnen der vergangenen Jahre über beträchtliche Eigenmittel. Eine wichtige Rolle spielt dar-

Kasten 3:

Zur Quantifizierung der Vorzieheffekte bei den privaten Konsumausgaben

Zum 1. Januar 2007 wird der Regelsatz der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent angehoben. Erfahrungen mit Mehrwertsteuererhöhungen in der Vergangenheit zeigen, dass eine solche Erhöhung die Dynamik der privaten Konsumausgaben beeinflusst (Sachverständigenrat 2006: 58).^a So fielen die Konsumausgaben im Quartal vor einer Steuererhöhung tendenziell höher aus; außerdem zeigte sich jeweils eine deutliche Dämpfung der Ausgaben im Quartal der Anhebung des Regelsatzes (Abbildung K3). Aufgrund des Ausmaßes der Steuererhöhung, die ohne historisches Beispiel ist, fällt es allerdings schwer, den zu erwartenden „Vorzieheffekt“ für die kommende Mehrwertsteuererhöhung zu schätzen. Immerhin lässt sich eine Untergrenze bestimmen.

Abbildung K3:
Entwicklung der realen privaten Konsumausgabenⁱ bei Mehrwertsteuererhöhungen



Um diese zu quantifizieren, wird ein einfaches dynamisches ökonometrisches Modell geschätzt, in dem der private Konsum in Bezug zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gesetzt wird. Dabei werden die Effekte der vergangenen Mehrwertsteuererhöhungen durch zwei Dummy-Variablen erfasst, um sowohl die höheren Ausgaben im Quartal vor den Mehrwertsteuererhöhungen als auch die Dämpfung der Konsumausgaben im Quartal der Anhebung zu erfassen. Hierbei treffen wir die Annahme, dass die weitere Konsumdynamik von der Ausgabenverschiebung zwischen diesen beiden Quartalen unberührt bleibt. In der Literatur wird diese Art von einmaligen Abweichungen von der normalen Modelldynamik als „additiver Ausreißer“ beschrieben, im Gegensatz zu einem „innovativen Ausreißer“, der durch die modelleigene Dynamik auch Wirkungen über das jeweilige Quartal hinaus hat (Franses 1998: 131–135).

Eine Schätzung des Modells (ohne Mehrwertsteuereffekt-Dummys) in Fehlerkorrekturform zeigt einen *t*-Wert des Ladungskoeffizienten von $-4,25$. Dies belegt die Existenz von Kointegration zwischen den privaten Konsumausgaben und dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (Ericsson und MacKinnon 2002) und erlaubt, das Modell im Niveau der Größen zu schätzen (Sims et al. 1990). Die Schätzung mit der nichtlinearen Kleinst-Quadrat-Methode liefert auf Basis von nicht saisonbereinigten Quartalsdaten^b von 1971 III bis 2006 III folgende Ergebnisse:^{c,d}

$$\begin{aligned}
 c_t = & -0,03 + 0,004 * D_t(MWSt)_{-1} - 0,004 * D_t(MWSt) + 0,46 * c_{t-1} + 0,16 * c_{t-2} + 0,25 * c_{t-4} \\
 & (0,9) \quad (1,9) \quad (1,9) \quad (6,4) \quad (3,8) \quad (3,9) \\
 & + 0,61 * y_t - 0,26 * y_{t-1} - 0,23 * y_{t-4} \\
 & (15,4) \quad (5,4) \quad (4,1) \\
 \bar{R}^2 : & 0,99 \quad DW : 1,91
 \end{aligned}$$

Dabei steht *c* für den natürlichen Logarithmus der Konsumausgaben der privaten Haushalte und *y* für den natürlichen Logarithmus ihres verfügbaren Einkommens, während die beiden Dummy-Variablen $D_t(MWSt)_{-1}$ und $D_t(MWSt)$ so spezifiziert sind, dass die geschätzten Koeffizienten die Verschiebungen aufgrund des „Vorzieheffektes“ beschreiben, wobei die Restriktion gesetzt wurde, dass die Koeffizienten identische Höhen, aber umgekehrte Vorzeichen aufweisen. Den Schätzergebnissen zufolge ist der private Konsum im jeweiligen Quartal vor einer Mehrwertsteuererhöhung um rund 0,4 Prozentpunkte höher, als ohne die Erhöhung zu erwarten wäre. Im

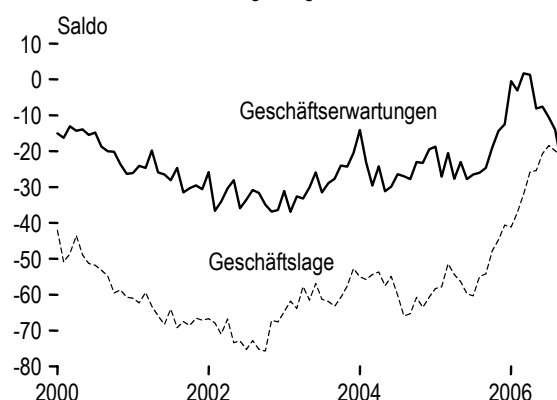
darauf folgenden Quartal sinkt das Niveau um 0,4 Prozentpunkte.^e Die Hypothese, dass die Verschiebung der Konsumausgaben allein zwischen den beiden Quartalen abläuft und sich die Effekte in den zwei Quartalen daher genau ausgleichen, kann nicht zurückgewiesen werden.^f Allerdings deuten die vergleichsweise niedrigen *t*-Werte der Dummy-Variablen darauf hin, dass die Schätzwerte nicht sehr präzise sind.

Den Ergebnissen zufolge sind für das vierte Quartal 2006 mindestens 1,25 Mrd. Euro als „Vorzieheffekt“ zu veranschlagen. Allerdings wird die Mehrwertsteuer im Januar 2007 nicht um 1, sondern um 3 Prozentpunkte erhöht. Die gegenüber vergangenen Mehrwertsteuererhöhungen deutlich frühere Ankündigung der Steuererhöhung sowie die Tatsache, dass die Schwellen, an denen die Konsumenten sich für oder gegen ein Vorziehen von Käufen entscheiden, nicht beobachtbar sind, legen freilich nahe, dass eine lineare Hochrechnung der in der Vergangenheit beobachteten Effekte nicht angebracht ist (Deutsche Bundesbank 2006a: 50). Wir unterstellen einen Vorzieheffekt, der doppelt so hoch ist wie der oben geschätzte Effekt, also 2,5 Mrd. Euro.

^aDer Regelsatz der Mehrwertsteuer wurde zu den folgenden Zeitpunkten um jeweils einen Prozentpunkt erhöht: 1. Juli 1968, 1. Januar 1978, 1. Juli 1979, 1. Juli 1983, 1. Januar 1993 sowie 1. April 1998. — ^bDaten bis 1990 beziehen sich auf das ehemalige westdeutsche Bundesgebiet. Das verfügbare Einkommen ist mit dem Deflator der privaten Konsumausgaben deflationiert. — ^cDer intuitive Ansatz hinter dem hier angewandten Dummy-Konzept der „additive Ausreißer“ ist, die über die Modellspezifikation generierten dynamischen Effekte der Sondereffekte in gewisser Weise wieder auszugleichen, so dass die normale Dynamik der Variablen nicht von den Einmaleffekten verändert wird. Dies kann auf zwei Arten erreicht werden, die zwei verschiedene Schätztechniken implizieren. Genauere Beschreibungen der Verfahren finden sich in Franses (1998: 145) sowie Chen und Liu (1993: 287). — ^dAußerdem enthält das Modell drei Saisondummys, einen Dummy für das erste Quartal in 1991 sowie einen Dummy, der gleich eins ist, wenn Ostern in das erste Quartal fällt (Ergebnisse hier nicht aufgelistet). — ^eSchätzungen mithilfe des iterativen Ansatzes von Chen und Liu (1993) liefern fast identische Ergebnisse. — ^fSchätzergebnisse auf Basis von verschiedenen Spezifikationen zeigen, dass die Effekte auf das reale Konsumwachstum zwei Quartale vor und nach der Steuererhöhung nicht signifikant sind.

über hinaus die Steuerpolitik. Nach den Plänen der Bundesregierung⁷ soll zur Finanzierung der 2008 in Kraft tretenden Unternehmenssteuerreform u.a. die degressive Abschreibung völlig abgeschafft werden; bisher war nur an eine Einschränkung der Abschreibungsmöglichkeiten auf das vor 2006 gültige Niveau gedacht. Werden die Pläne realisiert, so werden die Investitionsanreize für die einzelnen Unternehmen unterschiedlich verändert; es gäbe aber für die Unternehmen einen zusätzlichen Anreiz, im Jahr 2007 in langlebige Investitionsgüter zu investieren, um noch in den Genuss der mit der degressiven Abschreibung verbundenen Zinsgewinne zu kommen. Wir rechnen in diesem Zusammenhang mit Vorzieheffekten in Höhe von 3,5 Mrd. Euro. Im Jahr 2008 werden die vorgezogenen Investitionsgüterkäufe allerdings fehlen. Zudem wird die Investitionsnachfrage durch die höheren Zinsen gedämpft. Wir erwarten vor diesem Hintergrund für das Jahr 2008 nur noch eine moderate Zunahme der Unternehmensinvestitionen – um 2,2 Prozent. Im laufenden Jahr dürften sie um 7,3 Prozent gestie-

Abbildung 7:
Geschäftsklima im Wohnungsbaugewerbe 2000–2006



Quelle: ifo (Ifd. Jgg.).

gen sein, für das Jahr 2007 veranschlagen wir einen Anstieg um 10,1 Prozent (Tabelle 4).

Alles in allem wird die Binnennachfrage im Jahr 2007 weiter kräftig expandieren, wenn auch nicht mehr so rasch wie im Jahr 2006. Der Dämpfer durch die Mehrwertsteuererhöhung wird 2007 durch die ebenfalls teilweise fiskalisch stimulierte Erhöhung der Investitionstätigkeit der Unternehmen zum Teil ausgeglichen. Im Jahr 2008 fallen die Impulse vonseiten der Unternehmensinvestitionen weg, dafür belebt sich jedoch die Konsumkonjunktur; die Expan-

⁷ Siehe Seite 42: „Zur Reform der Unternehmensbesteuerung und ihren Wirkungen“.

sion der Binnennachfrage wird nur wenig an Tempo einbüßen.

Tabelle 4:

Reale Anlageinvestitionen 2005–2008 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2005	2006 ^a	2007 ^a	2008 ^a
Anlageinvestitionen	0,8	5,7	6,8	1,9
Unternehmensinvestitionen	4,1	7,3	10,1	2,2
Ausrüstungen	6,1	8,7	10,0	1,3
Sonstige Anlagen	4,7	6,0	11,5	3,1
Wirtschaftsbau	-1,8	4,2	10,0	4,4
Wohnungsbau	-4,0	3,0	0,4	0,9
Öffentlicher Bau	-5,9	1,6	3,2	3,4
Nachrichtlich:				
Bauinvestitionen	-3,6	3,3	3,9	2,6

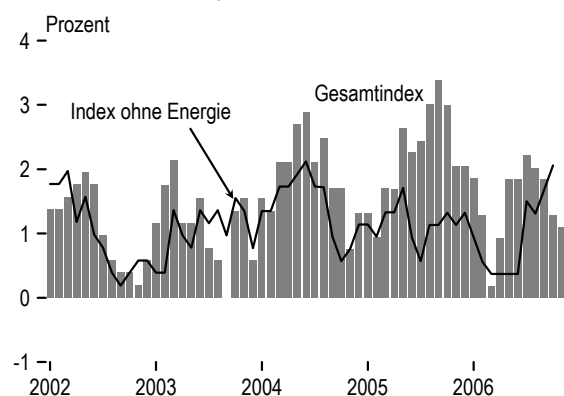
^aPrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Mehrwertsteuererhöhung treibt Verbraucherpreisinflation

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich nach der Beschleunigung Anfang des Jahres in der zweiten Jahreshälfte 2006 wieder leicht abgeschwächt (Abbildung 8). Im November be-

Abbildung 8:
Verbraucherpreisanstieg 2002–2006^{a,b}



^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

trug die Inflationsrate 1,5 Prozent. Dabei spielten die merklich schwächer gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise die vorrangige Rolle. Hinzu kam, dass aus dem Ausland eher dämpfende Effekte auf den Preisanstieg ausgingen. Diesen Impulsen dürften allerdings erste vorgezogene Preiserhöhungen entgegengewirkt haben, die von den Unternehmen im Vorfeld der Mehrwertsteuererhöhung vor dem Hintergrund der kräftig boomenden Konjunktur vorgenommen wurden; der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie hat sich deutlich beschleunigt (Oktober: 1,2 Prozent).

Für den Prognosezeitraum unterstellen wir einen konstanten Ölpreis von 60 US-Dollar sowie einen Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,32. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Inflationsimpulse aus dem Ausland weiter abnehmen werden. Bestimmend für den Preisauftrieb am Anfang des Prognosezeitraums wird der höhere Mehrwertsteuerregelsatz sein. Im Zuge der stärker als noch im Herbst erwartet laufenden Konjunktur dürften die Spielräume der Firmen, die höhere Steuer an die Verbraucher weiterzugeben, etwas größer sein als wir bislang angenommen haben (vgl. Boss et al. 2006a, 2006b). Der Effekt des fiskalischen Gesamtpakets bestehend aus Mehrwertsteuererhöhung, der Erhöhung der Versicherungssteuer und der Verringerung der Beiträge zur Sozialversicherung auf die Inflationsrate im Jahr 2007 wird wahrscheinlich knapp unter einem Prozentpunkt liegen. Von den Effekten der Mehrwertsteuererhöhung abgesehen, bleibt die Verbraucherpreisentwicklung in 2007 durch die zunehmende Kapazitätsauslastung und höhere Tarifabschlüsse in der zweiten Jahreshälfte weiterhin eher aufwärts gerichtet. Insgesamt rechnen wir für 2007 mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 2,2 Prozent nach 1,7 Prozent im abgelaufenen Jahr. In 2008 fallen die Sondereffekte der Mehrwertsteuererhöhung weg. Außerdem erwarten wir keine nennenswerten Teuerungsimpulse vonseiten der Energie- und Importpreise, so dass die Inflation im Jahr 2008: 1,7 Prozent betragen dürfte.

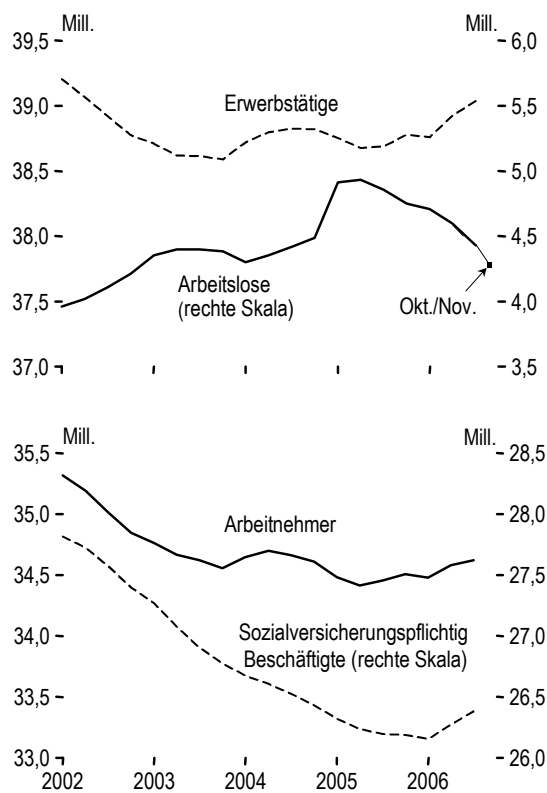
Anhaltender Aufschwung am Arbeitsmarkt

Die Belegung am Arbeitsmarkt hat sich gefestigt. Die positive Entwicklung ist weit weniger auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen als auf die gestiegene Arbeitsnachfrage zurückzuführen; so nahm die Zahl der offenen Stellen bis zuletzt kräftig zu. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist in den vergangenen Monaten beschleunigt zurückgegangen (Abbildung 9). Die Arbeitslosenquote betrug im November nur noch 10,2 Prozent und ist damit seit Jahresbeginn um 1,1 Prozentpunkte gesunken. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit war unverändert kräftig; wie im Vorquartal stieg die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal um knapp 150 000 Personen. Neben der Höhe des Zuwachses deutet auch die Struktur auf eine anhaltende Belegung hin: Abermals lassen sich gut 95 Prozent des Zuwachses durch den Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erklären.⁸ Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten war hingegen im dritten Quartal rückläufig; dies dürfte auch auf die Anhebung der Pauschalbeiträge für diese Beschäftigungsverhältnisse ab dem 1. Juli 2006 zurückzuführen sein. Die Zahl der „Ein-Euro-Jobs“, die im dritten Quartal annähernd stagniert hatte, verzeichnete zuletzt wieder einen leichten Aufwärtstrend. Die Zahl der Selbständigen nahm nur geringfügig zu. Neben der Zahl der Erwerbstätigen stieg im dritten Quartal auch die Zahl der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen, so dass das geleistete Arbeitsvolumen stärker zunahm als die Erwerbstätigkeit.

In den ersten Monaten des Jahres 2007 stehen in bedeutenden Bereichen, wie z.B. in der Metall- und Elektroindustrie sowie in der Chemieindustrie, Tarifverhandlungen an. Die bisherigen Aussagen der Gewerkschaften deuten darauf hin, dass das Ausmaß der Forderungen sowohl durch die positive konjunkturelle Ent-

⁸ Ohne Berücksichtigung der geförderten Erwerbstätigen liegt der Anteil noch immer bei reichlich 80 Prozent.

Abbildung 9:
Arbeitsmarkt in Deutschland 2002–2006^a



^aSaisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Inlandsproduktberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.).

wicklung als auch durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer bestimmt wird.⁹ Die Abschlüsse werden schon deshalb unter den Forderungen liegen, weil die gleichzeitige Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für sich genommen zumindest kurzfristig die Nettolöhne erhöht. In anderen Bereichen wird die Lohnentwicklung im kommenden Jahr noch weitgehend durch die vergangenen Tarifabschlüsse bestimmt, so werden die Löhne im öffentlichen Dienst kaum zunehmen. Alles in allem rechnen wir für die Gesamtwirtschaft im Jahr 2007 mit einer Zunahme der tariflichen Stundenlöhne um knapp

⁹ So hat die Gewerkschaft „Nahrung-Genuss-Gaststätten“ ihre Forderung in der aktuellen Tarifrunde um gut einen Prozentpunkt im Vergleich zur vorherigen Tarifrunde erhöht.

Gute Chancen auf einen langanhaltenden Aufschwung in Deutschland

Tabelle 5:
Arbeitsmarkt 2005–2008 (1 000 Personen)

	2005	2006 ^a	2007 ^a	2008 ^a
Deutschland				
Erwerbstätige (Inland)	38 823	39 054	39 410	39 700
Selbständige ^b	4 356	4 390	4 398	4 433
Davon gefördert ^{c,d}	322	303	256	280
Arbeitnehmer (Inland)	34 467	34 663	35 012	35 267
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^d	26 229	26 361	26 664	26 828
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte ^d	4 771	4 791	4 821	4 898
Pendlersaldo	97	88	87	87
Erwerbstätige (Inländer)	38 726	38 967	39 323	39 613
Arbeitnehmer (Inländer)	34 370	34 575	34 925	35 180
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	55 804	56 196	56 765	57 167
Registrierte Arbeitslose	4 861	4 499	4 140	3 920
Arbeitslosenquote ^e (Prozent)	11,7	10,7	9,8	9,3
Erwerbslosenquote ^f	9,1	8,2	7,8	7,2
Westdeutschland (ohne Berlin)				
Erwerbstätige (Inland)	31 662 ^g	31 883 ^g	32 173	32 409
Registrierte Arbeitslose	3 247	3 005	2 765	2 618
Arbeitslosenquote ^e (Prozent)	9,9	9,2	8,4	8,0
Ostdeutschland (einschl. Berlin)				
Erwerbstätige (Inland)	7 121 ^g	7 171 ^g	7 237	7 291
Registrierte Arbeitslose	1 614	1 494	1 375	1 302
Arbeitslosenquote ^e (Prozent)	18,7	17,5	16,2	15,4

^aPrognose. — ^bEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. — ^cExistenzgründungszuschuss („Ich-AG“), Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld und ab 1. August 2006: Gründungszuschuss. — ^dBerechnet als Durchschnitt der Monatswerte. — ^eBundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — ^fStandardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept. — ^gDie Anpassung der Erwerbstätigenzahlen für Ost- und Westdeutschland an die revidierten Erwerbstätigenzahlen steht noch aus.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2006); eigene Schätzungen und Prognosen.

2 Prozent. Bei annähernd unveränderter Lohn-drift werden die Effektivlöhne in leicht geringem Maße zunehmen. Vor dem Hintergrund eines stärkeren Preisanstiegs ergibt sich ein Rückgang des Produzentenreallohns. Insgesamt dürfte von dieser Seite weiter eine positive Wirkung auf die Beschäftigung ausgehen. Für das Jahr 2008 rechnen wir mit einem leicht beschleunigten Zuwachs der Tariflöhne, zumal im öffentlichen Dienst mit einer spürbaren Lohn-erhöhung zu rechnen ist. Auch der Anstieg der Effektivlöhne wird im Vergleich zum Vorjahr stärker ausfallen.

Im Verlauf des kommenden Jahres wird die Beschäftigung – getragen von der weiterhin hohen Produktionsdynamik und der relativ moderaten Lohnentwicklung – weiter spürbar zu-

nehmen. Zu Jahresbeginn ist allerdings infolge der restriktiven Finanzpolitik ein verlangsamer Anstieg zu erwarten, dies dürfte insbesondere die geringfügige Beschäftigung betreffen. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Erwerbstätigkeit um etwa 1 Prozent zunehmen. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte einen robusten Zuwachs verzeichnen. Die Zahl der „Ein-Euro-Jobs“ wird wieder ansteigen, wenn auch nicht mehr so stark wie im Jahr 2006, da sich die Aussichten, eine abhängige Beschäftigung zu finden, weiter verbessern. Vor diesem Hintergrund wird auch die Zahl der Selbständigen nur schwach zunehmen, zumal durch die Neugestaltung der staatlichen Förderpolitik die Zahl der geförderten Selbständi-

gen zunächst weiter rückläufig sein wird.¹⁰ Das Arbeitsvolumen wird – insbesondere bedingt durch den Anstieg der Erwerbstätigkeit – im kommenden Jahr leicht verstärkt steigen. Die Zahl der Arbeitslosen wird leicht beschleunigt zurückgehen (Tabelle 5). Für das Jahr 2008 erwarten wir bei einer kaum schwächeren Konjunktur einen weiterhin deutlichen Anstieg der Erwerbstätigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen wird nochmals spürbar zurückgehen.

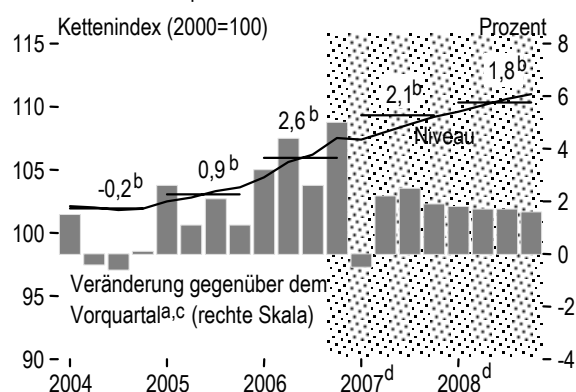
Ausblick: Aufschwung setzt sich fort

Der Aufschwung wird sich im kommenden Jahr fortsetzen. Im ersten Halbjahr 2007 wird der Einfluss der Mehrwertsteuererhöhung den Konjunkturverlauf prägen. So dürfte die reale Inlandsnachfrage im ersten Quartal deutlich sinken, da Käufe von Gebrauchsgütern sowie Wohnungsbauinvestitionen fehlen, die in das Jahr 2006 vorgezogen werden. Als Reaktion wird der Anstieg im folgenden Quartal besonders hoch sein (Tabelle 6). Im zweiten Halbjahr wird die gesamtwirtschaftliche Produktion rascher expandieren als das Produktionspotential. Stützend wirkt dabei, dass die Unternehmen ihre Investitionen nochmals deutlich ausweiten, auch um noch die günstigen Abschreibungsbedingungen auszunutzen, die im Jahr 2008 entfallen. Der private Konsum wird sich leicht beleben, da sich die Arbeitsmarktlage weiter verbessert und die real verfügbaren Einkommen, auch bedingt durch den nachlassenden Preisauftrieb, wieder steigen. Der Zuwachs bei der Ausfuhr wird sich gegenüber dem im laufenden Jahr deutlich verringern, da die Expansion in der Weltwirtschaft an Schwung verliert. Im Durchschnitt des Jahres 2007 wird das reale Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 2,1 Prozent zunehmen (Abbildung 10); dabei kommt

¹⁰ Vgl. hierzu Boss et al. (2006b: 48). Die Zahl der mit dem neuen Gründungszuschuss geförderten Personen ist bisher deutlich niedriger als der Rückgang der Zahl der mit Existenzgründungszuschuss und Überbrückungsgeld geförderten Personen.

der größte Wachstumsbeitrag wie bereits in diesem Jahr von der Inlandsnachfrage. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich gegenüber 2006 um rund 350 000 auf 4,14 Millionen Personen verringern. Wegen der Anhebung der Mehrwertsteuer wird der Preisanstieg im kommenden Jahr deutlich größer sein als 2006, die Verbraucherpreise erhöhen sich voraussichtlich um 2,2 Prozent (Tabelle 7).

Abbildung 10:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2004–2008^a



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^cAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^dAb 2006 IV: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Abbildung 11:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2006, 2007 und 2008^a



^aPrognostizierter Anstieg (Linie) und Prognoseintervalle (grau hinterlegte Flächen) bei Irrtumswahrscheinlichkeiten von 66, 33 und 5 Prozent.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Gute Chancen auf einen langanhaltenden Aufschwung in Deutschland

Tabelle 6:

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2006, 2007 und 2008^a

	2006				2007				2008			
	I	II	III	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Bruttoinlandsprodukt	3,2	4,4	2,6	5,0	-0,5	2,2	2,5	1,9	1,8	1,7	1,7	1,6
Private Konsumausgaben	4,1	-0,6	2,7	3,0	-1,5	1,3	0,5	1,3	2,0	1,7	1,3	1,2
Konsumausgaben des Staates	6,7	-4,1	3,5	0,4	-0,7	2,2	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,8
Ausrüstungsinvestitionen	15,2	12,9	2,9	17,4	10,3	10,3	7,3	10,0	-12,0	3,8	3,8	3,8
Bauinvestitionen	-10,9	25,4	3,3	7,9	-5,9	7,2	3,4	2,9	4,1	2,0	1,8	1,8
Sonstige Anlagen	3,1	6,7	5,0	17,7	10,6	10,5	7,5	9,5	-6,5	4,0	4,0	4,0
Vorratsveränderungen ^c	-1,9	2,2	-2,1	3,1	0,0	0,1	-0,1	0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Inländische Verwendung	2,0	4,5	0,8	7,7	-0,8	2,9	1,4	2,3	0,5	1,7	1,3	1,4
Ausfuhr	20,9	3,1	18,0	10,3	10,0	1,5	2,0	2,6	5,0	6,5	6,0	6,0
Einfuhr	19,6	3,3	15,4	18,0	10,0	3,0	-0,5	3,5	2,8	7,0	5,8	6,0
Außenbeitrag ^c	1,6	0,1	1,9	-2,2	0,9	-0,4	1,1	-0,1	1,3	0,5	0,7	0,6
Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland ^d	34 472	34 607	34 736	34 833	34 877	34 967	35 060	35 140	35 195	35 250	35 290	35 330
Arbeitslose ^d	4 710	4 598	4 424	4 262	4 226	4 171	4 111	4 051	3 999	3 947	3 894	3 840

^aKettenindizes. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^bPrognose. — ^cLundberg-Komponente. — ^d1 000 Personen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Die Chancen sind gut, dass der Konjunkturaufschwung im Jahr 2008 anhält. Gestützt wird er durch das von uns erwartete Wiederanziehen der Weltkonjunktur. Allerdings dürfte sich die Expansion der Inlandsnachfrage etwas abflachen, auch weil die Zunahme der Unternehmensinvestitionen durch den Wegfall der günstigen Abschreibungsregeln beeinträchtigt wird. Nach dem Zyklusmuster ist zudem für das Jahr 2008 ein größerer Lohnkostenauftrieb zu erwarten. Er wird voraussichtlich dazu führen, dass sich die Gewinnmargen etwas verringern

und daher die Investitionsdynamik abnimmt; auch wird es deshalb für die Unternehmen weniger attraktiv, neue Arbeitskräfte einzustellen. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahresdurchschnitt um 1,8 Prozent (Abbildung 11) und damit etwas rascher als das Produktionspotential zunehmen. Die Arbeitslosigkeit dürfte weiterhin abnehmen; im Jahresdurchschnitt dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen erstmals seit 1996 wieder unter 4 Millionen liegen.

Gute Chancen auf einen langanhaltenden Aufschwung in Deutschland

Tabelle 7:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2005–2008

	2006	2005	2006 ^a	2007 ^a	2008 ^a
	Mrd. Euro	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		0,9	2,6	2,1	1,8
Private Konsumausgaben		0,1	1,0	0,9	1,3
Konsumausgaben des Staates		0,6	1,1	0,6	0,9
Anlageinvestitionen		0,8	5,7	6,8	1,9
Ausrüstungsinvestitionen		6,1	8,7	10,0	1,3
Bauinvestitionen		-3,6	3,3	3,9	2,6
Sonstige Anlagen		4,7	6,0	11,5	3,1
Vorratsveränderung ^b		0,1	0,3	0,3	0,1
Inländische Verwendung		0,5	2,2	2,3	1,4
Ausfuhr		6,9	11,8	7,1	4,3
Einfuhr		6,5	12,1	8,2	3,8
Außenbeitrag ^b		0,5	0,5	-0,1	0,4
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 300,9	1,5	2,7	4,1	3,1
Private Konsumausgaben	1 351,8	1,4	2,3	2,8	3,0
Konsumausgaben des Staates	426,7	1,1	1,7	1,7	2,8
Anlageinvestitionen	412,8	0,7	6,7	7,9	1,9
Ausrüstungsinvestitionen	172,3	5,0	8,1	9,8	1,3
Bauinvestitionen	202,3	-2,7	6,0	6,1	2,3
Sonstige Anlagen	26,1	2,1	3,7	9,9	2,0
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)	0,2	-2,6	0,2	10,7	11,6
Inländische Verwendung	2 191,5	1,4	3,1	4,0	2,8
Ausfuhr	1 031,1	8,1	13,0	6,6	4,5
Einfuhr	921,7	8,6	15,8	6,8	4,0
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	109,4	116,0	109,3	114,4	124,4
Bruttonationaleinkommen	2 309,8	1,8	2,7	4,0	3,1
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		0,6	0,1	1,9	1,2
Private Konsumausgaben		1,3	1,3	1,9	1,7
Konsumausgaben des Staates		0,5	0,6	1,0	1,9
Ausrüstungsinvestitionen		-1,1	-0,6	-0,2	0,0
Bauinvestitionen		0,9	2,6	2,1	-0,3
Sonstige Anlagen		-2,5	-2,2	-1,4	-1,0
Ausfuhr		1,1	1,1	-0,5	0,2
Einfuhr		1,9	3,2	-1,3	0,2
<i>Nachrichtlich:</i> Verbraucherpreise		2,0	1,7	2,2	1,7
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen		1,5	3,0	3,3	3,5
Arbeitnehmerentgelte		-0,7	1,4	1,8	2,6
in Prozent des Volkseinkommens		67,4	66,3	65,4	64,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen		6,2	6,3	6,1	5,2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte		1,7	2,0	2,8	3,2
Sparquote		10,6	10,4	10,3	10,5
Lohnstückkosten, real ^c		-1,7	-1,3	-2,3	-0,4
Produktivität ^d		1,3	1,9	1,1	1,1
Arbeitslose (1 000)		4 861	4 499	4 140	3 920
Arbeitslosenquote (Prozent)		11,7	10,7	9,8	9,3
Erwerbstätige ^e (1 000)		38 823	39 054	39 410	39 700
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-72,6	-44,6	-28,6	-31,1
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt		-3,2	-1,9	-1,2	-1,3
Schuldenstand ^f		67,9	67,8	66,0	65,0

^aPrognose. — ^bLundberg-Komponente. — ^cArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — ^dBruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je geleisteter Erwerbstätigenstunde. — ^eInlandskonzept. — ^fIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Zur Reform der Unternehmensbesteuerung und ihren Wirkungen

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Unternehmensgewinne und einzelne Arten der Kapitaleinkommen niedriger als bislang zu besteuern (Steinbrück und Koch 2006). Die Änderungen sollen im Wesentlichen im Jahr 2008 in Kraft treten. Der Körperschaftsteuersatz soll von 25 auf 15 Prozent gesenkt werden; einschließlich der Belastung durch die Gewerbesteuer und den Solidaritätszuschlag sollen einbehaltene Gewinne der Kapitalgesellschaften (bei einem Hebesatz der Gewerbesteuer von 390 Prozent im Durchschnitt der Gemeinden) nicht mehr mit 38,4 Prozent, sondern nur noch mit 29,5 Prozent belastet werden.¹¹ Die von Kapitalgesellschaften ausgeschütteten Gewinne (Dividenden) sollen – wie bislang – auf der Ebene der Anteilseigner zusätzlich besteuert werden. Es ist aber beabsichtigt, sie nicht mehr (nach dem Halbeinkünfteverfahren) zu 50 Prozent, sondern zu 100 Prozent durch die persönliche Einkommensteuer zu belasten; allerdings soll nicht mehr der marginale Einkommensteuersatz, sondern – wenngleich erst ab 2009 – ein Abgeltungssteuersatz von 25 Prozent maßgeblich sein.¹² Einbehaltene Gewinne der Kapitalgesellschaften würden durch die Reform stärker als Dividenden entlastet (Tabelle 8). Einbehal-

¹¹ Die Gewerbesteuer soll nach der Reform bei der Festlegung ihrer eigenen Bemessungsgrundlage und bei der Festlegung der Bemessungsgrundlagen der Körperschaftsteuer und der Einkommensteuer nicht mehr absetzbar sein. Freilich soll für Kapitalgesellschaften die Messziffer, die zusammen mit dem von der jeweiligen Gemeinde festgesetzten Hebesatz den Steuersatz definiert, von 5 auf 3,5 Prozent reduziert werden; die Belastung durch die Gewerbesteuer allein beliefe sich dann bei Kapitalgesellschaften bei einem Hebesatz von 390 Prozent auf 13,65 statt auf 16,32 Prozent. Für Personenunternehmen soll die Staffelung der Messziffern abgeschafft und eine einheitliche Messziffer von 3,5 Prozent eingeführt werden.

¹² Es soll aber eine Option auf Veranlagung zur Einkommensteuer für diejenigen Anleger geben, deren marginaler Steuersatz unter 25 Prozent liegt, so dass der Steuersatz letztlich im Extremfall auf null reduziert wird.

Tabelle 8:

Steuerbelastung der Gewinne von Kapitalgesellschaften im Jahr 2006 und nach dem Reformvorschlag der Bundesregierung

	Gegenwärtige Rechtslage	Reformentwurf ^a 2008/2009
Gewinn	100	100
Gewerbsteuer (bei einem unterstellten Hebesatz von 390 Prozent) ^b	16,32	13,65
Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer	83,68	100
Körperschaftsteuer	20,92	15,00
Solidaritätszuschlag (5,5 Prozent)	1,15	0,83
Steuerbelastung bei Einbehaltung des Gewinns	38,39	29,48
Nettogewinn	61,61	70,52
Einkommensteuer bei Gewinnausschüttung		
Steuersatz 42 Prozent	12,94 ^c	17,63 ^d
Steuersatz 15 Prozent	4,62 ^c	10,56 ^{d,e}
Solidaritätszuschlag (5,5 Prozent)		
Steuersatz 42 Prozent	0,71	0,97
Steuersatz 15 Prozent	0,25	0,58
Einkommen des Anteilseigners nach Steuern		
Steuersatz 42 Prozent	47,96	51,92
Steuersatz 15 Prozent	56,74	59,38
Steuerbelastung des Anteilseigners		
Steuersatz 42 Prozent	52,04	48,08
Steuersatz 15 Prozent	43,26	40,62

^aÄnderungen bei der Zinsbesteuerung auf Unternehmensebene werden nicht berücksichtigt. — ^bUnter der Annahme, dass sich Hinzurechnungen zum und Absetzungen vom Gewerbeertrag gleichen und dass deshalb der Gewerbeertrag dem körperschaftsteuerpflichtigen Gewinn entspricht. — ^cDie Dividende wird nach dem Halbeinkünfteverfahren zu 50 Prozent besteuert. — ^dAbgeltungssteuer bei Abschaffung des Halbeinkünfteverfahrens: 25 Prozent (ab 2009). — ^eDie Abgeltungssteuer wird bei der Einkommensteuerveranlagung entsprechend der Höhe des persönlichen Einkommensteuersatzes korrigiert.

Quelle: Steinbrück und Koch (2006); eigene Berechnungen.

tene Gewinne von Einzelunternehmen und Personengesellschaften sollen maximal so belastet werden wie die von Kapitalgesellschaften; bei Entnahme des Gewinns sollen die begünstigt besteuerten Beträge entsprechend dem Satz der Abgeltungssteuer oder dem (geringeren) persönlichen Einkommensteuersatz nachversteuert werden. Auch soll ein größerer Teil der (wegen der (um die Gewerbesteuer selbst) verbreiterten Basis und wegen des Wegfalls des Staffeltarifs) erhöhten Gewerbesteuerschuld der Nichtkapi-

talgesellschaften auf deren Einkommensteuerschuld angerechnet werden dürfen. Zinserträge der privaten Haushalte sollen ab Jahresbeginn 2009 durch eine Abgeltungssteuer mit 25 Prozent belastet werden (BMF 2006c);¹³ dies bedeutete, dass die Steuerlast für Zinserträge der privaten Haushalte im Durchschnitt abnähme. Das Aufkommen der Steuern auf Unternehmensgewinne und Kapitalerträge würde infolge der beschriebenen Maßnahmen, insbesondere infolge der Reduktion der Steuersätze, rein rechnerisch um 18 Mrd. Euro sinken.

Mit der Verwirklichung der skizzierten Teile des Reformentwurfs der Bundesregierung würden die Kapitalkosten¹⁴ einerseits und die effektiven Durchschnittssteuersätze für unternehmerische Gewinne¹⁵ andererseits verändert, also die Indikatoren, anhand derer sich die Wirkungen der Steuern auf Investitions- und Standortentscheidungen messen lassen. Die Kapitalkosten der eigenfinanzierten (also der selbst- und der beteiligungsfinanzierten) Investitionen nähmen zu,¹⁶ die Kapitalkosten fremdfinanzierter Investitionen würden geringer (Sachverständigenrat 2006: Ziffern 434–447). Im Durchschnitt der Finanzierungswege fielen die Kapitalkosten – bei gegebener Finanzierungsstruktur – höher aus als bislang. Investitionen national tätiger Unternehmen würden weniger attraktiv. Die Standortqualität nähme aber zu, weil die effektiven Durchschnittssteuersätze für profitable Investitionsprojekte geringer würden.

Zur Finanzierung der Steuersatzsenkungen sind zahlreiche Maßnahmen geplant. Insbesondere ist vorgesehen, die degressive Abschreibung für Ausrüstungsinvestitionen, die zu Jahresbeginn 2006 – auf zwei Jahre befristet –

großzügiger ausgestaltet worden war, abzuschaffen.¹⁷ Dadurch stiegen die Kapitalkosten. Zu einem Anstieg der Kapitalkosten käme es auch, wenn die Absetzbarkeit der Zinsen bei der Gewinnermittlung – wenngleich bei weitem weniger als zunächst geplant (Boss 2006) – eingeschränkt würde (BMF 2006b). Dem wirkte – in unsystematischer Weise – entgegen, wenn die „Ansparabschreibung“ (eine gewinnmindernde Rücklage) großzügiger ausgestaltet würde.¹⁸

Insgesamt wird die Investitionstätigkeit national tätiger Unternehmen langfristig eher negativ beeinflusst, wenn die Reform wie gegenwärtig geplant realisiert wird. Freilich würde Deutschland als Standort für Unternehmen aus dem In- und Ausland attraktiver. Wegen der Abschaffung der degressiven Abschreibung würden Anreize entstehen, Investitionen in das Jahr 2007 vorzuziehen. Auch wäre damit zu rechnen, dass Gewinne international tätiger Unternehmen in größerem Maße als bisher in Deutschland versteuert werden. Die Steuereinnahmen würden bei Verwirklichung des Reformplans im Jahr 2008 rechnerisch wohl um 5 Mrd. Euro niedriger als sonst ausfallen (Steinbrück und Koch 2006); mittelfristig dürfte die Entwicklung der Steuereinnahmen infolge der verbesserten Standortqualität positiv beeinflusst werden.

¹³ Auch für diese Erträge soll es eine Option auf Veranlagung zur Einkommensteuer geben.

¹⁴ Die Kapitalkosten sind diejenige Rendite vor Steuern, die eine Investition mindestens erbringen muss, damit sie für Kapitalgeber – verglichen mit einer Alternativanlage – gerade noch attraktiv ist.

¹⁵ Ein effektiver Durchschnittssteuersatz gibt an, welcher Teil des Gewinns eines rentablen Investitionsprojekts an Steuern abzuführen ist.

¹⁶ Durch die Einführung einer Abgeltungssteuer nimmt – für sich genommen – die Nach-Steuer-Verzinsung der Alternativanlage zu; die Kapitalkosten steigen.

¹⁷ Durch eine weitere Maßnahme wird die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer aufkommensneutral verändert. Statt 50 Prozent der Dauerschuldzinsen werden 25 Prozent aller Zinsen und Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzen bei der Berechnung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer „hinzugerechnet“; dabei gilt ein Freibetrag von 100 000 Euro.

¹⁸ Die marginale Belastung der Rendite auf Ausrüstungsinvestitionen nähme schon infolge der Steuersatzsenkung zu, die Abschaffung der degressiven Abschreibung würde die Grenzbelastung nochmals erhöhen.

Literatur

- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2006a). *Finanzbericht 2007*. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen (2006b). Zinsschranke als Ersatz für § 8a KStG. Via Internet (28. November 2006) <http://www.bundesfinanzministerium.de/lang_de/DE/Aktuelles/046__j,templateId=raw,property=publicationFile.pdf>.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen (2006c). Eckpunkte der Abgeltungssteuer. Via Internet (28. November 2006) <<http://www.bracht-mdl.de/aktuelles/Abgeltungsteuerkurz1.11.06-1.pdf>>.
- Boss, A. (2006). Zur geplanten Reform der Unternehmensbesteuerung. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2006*. Kieler Diskussionsbeiträge 430/431. IfW, Kiel.
- Boss, A., C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2006a). Aufschwung in Deutschland gewinnt zunächst noch an Fahrt. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2006*. Kieler Diskussionsbeiträge 428/429. IfW, Kiel.
- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2006b). Konjunktureller Höhepunkt in Deutschland wird überschritten. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2006*. Kieler Diskussionsbeiträge 430/431. IfW, Kiel.
- Boss, A., A. Boss und T. Boss (2006c). Der deutsche Einkommensteuertarif: Weiterhin eine Wachstumsbremse? Kieler Arbeitspapiere 1305. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland – Monatszahlen*. Nürnberg.
- Chen, C., und L.-M. Liu (1993). Joint Estimation of Model Parameters and Outlier Effects in Time Series. *Journal of the American Statistical Association* 88 (1): 284–297.
- Clausen, J.R., und C.-P. Meier (2005). Did the Bundesbank Follow a Taylor Rule? An Analysis Based on Real-Time Data. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 141 (Juni): 213–246.
- Deutsche Bundesbank (2006a). *Monatsbericht*. Mai. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2006b). *Monatsbericht*. November. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Ericsson, N.R., und J.G. MacKinnon (2002). Distributions of Error Correction Tests for Cointegration. *Econometrics Journal* 5 (2): 285–318.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Franses, P.H. (1998). *Time Series Models for Business and Economic Forecasting*. Cambridge University Press, Cambridge, Mass.
- Gern, K.-J., F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2006). Konjunkturelle Expansion in den Industrieländern flacht sich ab. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2006*. Kieler Diskussionsbeiträge 436/437. IfW, Kiel.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.) (lfd. Jgg.). *ifo Konjunkturperspektiven*. München.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Mai. Washington, D.C.
- Lehment, H. (2002). Die Entwicklung von Preisen und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage in der Eurozone: Eine Zwischenbilanz. *Die Weltwirtschaft* (4): 355–361.

Gute Chancen auf einen langanhaltenden Aufschwung in Deutschland

- Sachverständigenrat (2006). *Widerstreitende Interessen – Ungenutzte Chancen. Jahresgutachten 2006/07*. Wiesbaden.
- Sims, C.A., J.H. Stock und M.W. Watson (1990). Inference in Linear Time Series Models With Some Unit Roots. *Econometrica* 58 (1): 113-144.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Inlandsproduktberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.4: Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S.29: Inlandsproduktsberechnung – Revidierte Jahresergebnisse*. Wiesbaden.
- Steinbrück, P., und R. Koch (2006). Wachstumsorientierte Unternehmensteuerreform für Deutschland. Via Internet (28. November 2006) <http://www.bundesfinanzministerium.de/lang_DE/DE/Aktuelles/046__k,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/046_k>.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

422. Finanzhilfen der Bundesländer in den Jahren 2000–2004: Eine empirische Analyse
Astrid Rosenschon
Kiel, August 2005, 52 S. 9 Euro.
423. Der Kieler Subventionsbericht: Grundlagen, Ergebnisse, Schlussfolgerungen
Alfred Boss und Astrid Rosenschon
Kiel, Februar 2006. 36 S. 9 Euro.
- 424./425. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2006
Kiel, März 2006. 58 S. 18 Euro.
426. Handel tut not – Anmerkungen zu einem Lernprozess
Rolf J. Langhammer
Kiel, April 2006. 14 S. 9 Euro.
427. Biokraftstoffe: Königsweg für Klimaschutz, profitable Landwirtschaft und sichere Energieversorgung?
Jan M. Henke und Gernot Klepper
Kiel, Mai 2006. 15 S. 9 Euro.
- 428./429. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2006
Kiel, Juni 2006. 32 S. 18 Euro.
- 430./431. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2006
Kiel, September 2006. 69 S. 18 Euro.
- 432./433. Das hohe Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten: Ein Risiko für die Weltwirtschaft und für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland?
Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier und Joachim Scheide
Kiel, Oktober 2006. 29 S. 18 Euro.
- 434./435. Schleswig-Holsteins Wirtschaft im Kräftefeld der Globalisierung
Klaus Schrader, Claus-Friedrich Laaser und Henning Sichelschmidt
Kiel, Dezember 2006. 50 S. 18 Euro.
- 436./437. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2006
Kiel, Dezember 2006. 18 Euro.

Mehr Informationen über Publikationen des IfW unter <http://www.ifw-kiel.de/pub/pub.htm>